BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
NIEDERSACHSEN

1. Aussendung

digitale Landesdelegiertenkonferenz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen
19./20. Juni 2021
Nordseehalle Emden
Früchteburger Weg 17-19
Emden

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 4 30159 Hannover
Telefon: 0511–126 085 0 Fax: 0511–126 085 85
E-Mail: landesverband@gruene-niedersachsen.de
http://www.gruene-niedersachsen.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen

Geschäftsordnung für Landesdelegiertenkonferenzen

I. Präsidium

1. Die Versammlung wählt zu Beginn auf Vorschlag des Landesvorstandes ein Präsidium. In ihm sollen Landesvorstand, gastgebender Kreisverband und Landtagsfraktion vertreten sein.
2. Wird der Vorschlag abgelehnt, muss die Versammlung durch Zuruf Personen benennen. Über jede einzelne Person wird mit einfacher Mehrheit abgestimmt.
3. Das Präsidium leitet die Versammlung unparteiisch und übt das Hausrecht aus.

II. Tagesordnung

1. Das Präsidium legt den Entwurf des Landessvorstandes für die Tagesordnung vor.
2. Die Tagesordnung muss eine klare zeitliche Festlegung für eventuelle Anträge zur Änderung der Satzung enthalten.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz entscheidet zu Beginn über die Tagesordnung. Änderungsanträge sind zulässig und werden in der Regel nach einer Pro- und Kontrarede abgestimmt. Anschließend findet eine Schlussabstimmung statt.

III. Antragskommission

1. Bei schwieriger Antragslage setzt der Landesvorstand eine Antragskommission ein.
2. Die Antragskommission prüft Anträge auf ihre formale Zulässigkeit und bringt sie in sinnvolle Zusammenhänge. Hierzu sollten grundsätzlich Treffen der AntragstellerInnen stattfinden. Die Antragskommission darf keine inhaltlichen Empfehlungen zu Abstimmungen der Versammlung geben.

IV. Mandatsprüfungskommission

1. Für Landesdelegiertenkonferenzen, auf denen eine Liste für Wahlen gewählt wird, setzt der Landesvorstand eine Mandatsprüfungskommission ein. In ihr soll juristischer Fachverstand vertreten sein.
2. Die Mandatsprüfungskommission prüft bei allen Delegierten das ordnungsgemäße Zustandekommen ihres Mandats. Kann die ordnungsgemäße Wahl nicht nachgewiesen werden, ist das Stimmrecht zu versagen.

V. Anträge

1. Alle Anträge, auch Initiativ- und Änderungsanträge und Wahlvorschläge werden schriftlich beim Landesvorstand eingereicht. Die Angabe enthält Name und Kreisverband der beantragenden Mitglieder und Wortlaut des Antrages.
   Antragsberechtigung und Antragsfrist richten sich nach § 12 Abs. 1 der Landessatzung.

2. Änderungsanträge können bis zum Redaktionsschluss der Tischvorlage gestellt werden. Lediglich Änderungsanträge, die sich auf modifizierte Anträge oder auf Anträge in der Tischvorlage beziehen, können noch während der Beratung des Tagesordnungspunktes eingebracht werden.
3. Initiativanträge müssen spätestens zu Beginn der Versammlung eingereicht sein. In besonders dringlichen Fällen kann davon abweichend die LDK eine Zulassung auch noch zu einem späteren Zeitpunkt beschließen. Eine derartige Dringlichkeit liegt nur dann vor, wenn das Ereignis, auf das sich der Dringlichkeitsantrag bezieht, nach dem Antragsschluss eingetreten ist.
4. Finanzwirksame Beschlüsse bedürfen des Votums des Landesfinanzrates und müssen vor der Versammlung diesem vorgelegt werden.
5. Änderungsanträge sind in der Regel vor Beschlussfassung des Antrages, auf den sie sich beziehen, zu beraten und abzustimmen. Der weitest gehende Änderungsantrag ist zuerst abzustimmen. Auf Antrag ist es möglich, Anträge alternativ abzustimmen bzw. Meinungsbilder über verschiedene alternative Anträge zu erstellen. Danach folgt die Schlussabstimmung.
6. Geschäftsordnungsanträge sind sofort zu behandeln. Alles weitere regelt Punkt VI.
7. Persönliche Erklärungen sind nur am Ende eines Tagesordnungspunktes zulässig.

VI. Geschäftsordnungsanträge

1. Das Präsidium sowie jedeR Stimmberechtigte der Versammlung kann jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung stellen.
2. Anträge zur Geschäftsordnung sind ausschließlich solche
   - auf Nichtbefassung
   - auf Schluss der Debatte
   - auf Schluss der Redeliste
   - auf Wiedereröffnung der Debatte
   - auf Abwahl des Präsidiums oder eines seiner Mitglieder
   - auf Abwahl der Antragskommission oder eines ihrer Mitglieder
   - auf Änderung der Tagesordnung
   - auf eine Pause
   - auf Begrenzung der Redezeit
   - auf nochmalige Abstimmung
   - auf nochmalige Verlesung der zur Abstimmung anstehenden Anträge
   - auf Feststellung der Beschlussfähigkeit
   - darauf, jemandem außerhalb der Redeliste oder von außerhalb der Versammlung das Wort zu erteilen
3. Ein Geschäftsordnungsantrag wird unmittelbar nach Beendigung des laufenden Redebeitrags verhandelt.
4. Zu einem Geschäftsordnungsantrag ist je eine höchstens einminütige Begründung und Gegenrede zugelassen.
5. Ein GO-Antrag ist mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen.
6. Ein GO-Antrag, der die inhaltliche Behandlung von Fragen des Themengebietes eines bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunktes zum Ziel hat, bedarf der 2/3-Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

VII. Rederecht

1. Das Präsidium kann jederzeit eine Begrenzung der Debatte nach Zeit oder Anzahl der Wortbeiträge vorschlagen. Bei Widerspruch aus der Versammlung ist über den Vorschlag abzustimmen.
2. Eine Redeliste wird nur solange fortgeführt, wie die Quotierung eingehalten werden kann.
3. Das Präsidium erteilt aufgrund der Meldungen im Rahmen einer quotierten Redeliste und unter Berücksichtigung von Beschränkungen nach Absatz 1 das Wort.
4. Jeder Antrag darf zu Beginn seiner Befassung durch die/den Antragsteller/in begründet werden. Das Recht auf Antragsbegründung kann ausschließlich durch Beschluss auf Nichtbefassung eines Antrages genommen werden.
5. Redeberechtigt im Rahmen der Redeliste sind neben den Stimmberechtigten die von einem Tagesordnungspunkt oder Antrag direkt Betroffenen. Gästen kann durch das Präsidium Rederecht erteilt werden, bei Widerspruch aus der Versammlung ist darüber abzustimmen.
6. Persönliche Erklärungen können nur zum Ende eines Tagesordnungspunktes mit einer Zeitbegrenzung von einer Minute abgegeben werden.

Tagungsort - digitale LDK

Nordseehalle Emden
Früchteburger Weg 17-19
26721 Emden

Delegiertenschlüssel Emden Juni 2021 - hier herunterladen.

Geschäftsordnung Landesdelegiertenkonferenz - hier herunterladen.

Für die Aussendungen und Anträge haben wir folgende Fristen beschlossen:

- Redaktionsschluss für die erste Aussendung: 16.05.21, 23.59 Uhr
- Redaktionsschluss für die zweite Aussendung: 6.6.21, 23.59 Uhr
- Eingangsschluss für eigenständige Anträge: 6.6.21, 23.59 Uhr
- Redaktionsschluss für die Tischvorlage: 13.6.18, 23.59 Uhr

Antragsberechtigt sind nach unserer Satzung die Kreis- und Ortsverbände, der Landesvorstand, der Landesfinanzrat, die Landesarbeitsgemeinschaften und die GRÜNE Jugend Niedersachsen. Außerdem können 20 Mitglieder gemeinsam einen Antrag einbringen. Hierfür sind die Unterschriften an die Landesgeschäftsstelle zu übermitteln.

Weitere technische Informationen

Die digitale Landesdelegiertenkonferenz wird live gestreamt. Für die Teilnahme an der LDK ist entsprechende Hardware und eine Internetverbindung notwendig. Ausschließlich die Bewerber*innen für den Landesvorstand können aus der Halle in Emden ihre Bewerbungsrede halten. Weitere Informationen sowie den Link zur Teilnahme an der LDK verschicken wir rechtzeitig an die Delegierten.

Um sich als Delegierte*r oder Ersatzdelegierte*r für die LDK akkreditieren (anmelden) zu können und mit abstimmen zu können, benötigt Ihr **Euren Zugang zum Grünen Netz.** Wenn Ihr Euer **Passwort vergessen** habt, könnt Ihr das unter **https://netz.gruene.de/** neu anfordern. Wenn Ihr Euren **Accountnamen/Eure E-Mailadresse für den Account nicht mehr wisst**, meldet Euch unter **netz@gruene.de .** Ein Infovideo dazu, wie Ihr zu Euren Grünen Netz Zugangsdaten kommt, findet Ihr hier https://gruenlink.de/1zug.

Vorläufige Tagesordnung LDK Emden 19./20. Juni 2021

1. Begrüßung und Formalia

2. Aktuelle Stunde "Eineinhalb Jahre Coronapandemie"

3. Finanzen: Haushaltsabschluss 2019/20, Entlastung des LaVo in finanziellen Angelegenheiten, Haushalt 2021/2022

4. Wahl des Landesvorstands
4.1. Landesvorsitzende (zwei)
4.2. Landesschatzmeister*in
4.3. Beisitzer*innen (drei)

5. Kommunalpolitische Erklärung

6. Wahl des Parteirats (15 Mitglieder, davon 1 auf Vorschlag der GJN)

7. Weitere Wahlen
7.1. Landesfinanzrat (sechs Mitglieder)
7.2. Bundesfinanzrat (2 Delegierte, davon 1 Mitglied des Landesvorstands und ein sachverständiges Mitglied, je eine Stellvertretung)
7.3. Bundesfrauenrat (4 Mitglieder, davon 1 auf Vorschlag der LAG Frauen; Stellvertreterinnen)
7.4. Landesschiedsgericht (Vorsitzende*r, stv. Vorsitzende*r; 4 Beisitzer*innen)
7.5. Länderrat (9 Mitglieder, davon 1 Aus dem Landesvorstand und 1 aus der Landtagsfraktion; Stellvertreter*innen)
7.6. Rechnungsprüfer*innen (zwei)

8. Satzungsänderungen: Gleichberechtigte Teilhabe, Anzahl der Delegierten

9. Änderung des LAG-Statuts

10. Weitere Anträge

Inhaltsverzeichnis 1. Aussendung – digitale LDK Emden 19./20.Juni 2021

Vorläufige Tagesordnungspunkte	Nr.	Antrag/ Bewerbung	Antragssteller*in Bewerber*in	Seite
Wahl des Landesvorstands	Lavo1	Vorsitzender	Hanso Janßen KV Wesermarsch	1
	Lavo2	Vorsitzende	Anne Kura KV Osnabrück-Stadt	5
	Schatz1	Schatzmeister	Heiko Sachtleben KV Peine	9
	Lavo-Bei-1	Beisitzende	Mathis Weselmann KV Göttingen	13
	Lavo-Bei-2	Beisitzende	Eva Viehoff KV Cuxhaven	16
	Lavo-Bei-3	Beisitzende	Djenabou Diallo-Hartmann Hannover RV	19
Kommunalpolitische Erklärung			Landesvorstand	23
Wahl des Parteirats 15 Mitglieder, davon 1 auf Vorschlag der GJN	PR1		Katrin Langensiepen Hannover RV	30
	PR 2		Christian Meyer KV Holzminden	32
	PR3		Julia Willie Hamburg Hannover RV	37
	PR4		Freya Markowis Hannover RV	40
Wahl Landesfinanzrat sechs Mitglieder	LaFi1		Elke Sczepanski KV Oldenburg-Land	43
Wahl Länderrat 9 Mitglieder, davon 1 Aus dem Landesvorstand und 1 aus der Landtagsfraktion; Stellvertreter*innen	LR1		Julia Willie Hamburg Hannover RV	45

LaVo1 Hanso Janßen

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Landesvorsitzende

Selbstvorstellung

Geburtsdatum:
1960-12-17

Kreisverband:
Wesermarsch

Themen:
Solidarität & Menschenrechte, Biodiversität & Klimaschutz, Vernetzung & Stärkung GRÜNER Strukturen

E-Mail:
Janssen-gruene@online.de

Liebe Freundinnen und Freunde, hiermit bewerbe ich mich erneut als Euer Landesvorsitzender.

Wir sind mitten im Kommunal- und Bundestagswahlkampf und stehen vor der Landtagswahl im nächsten Jahr. Wir führen auf Bundesebene in vielen Umfragen und sind auch in Niedersachsen auf Augenhöhe mit SPD und CDU. Noch nie haben wir in so vielen Kommunen Bürgermeister- und Landratskandidat*innen gestellt. Wir kämpfen gerade gemeinsam in den Landkreisen, in den Städten und den Gemeinden für das stärkste Kommunalwahlergebnis der niedersächsischen GRÜNEN.

Die Grundvoraussetzungen stimmen: Wir GRÜNE sind inhaltlich breit aufgestellt, wir haben neue und alte Bündnisse mit Wirtschaft, Gewerkschaften, FFF und Umweltverbänden gestärkt und wir haben mit Annalena eine mitreißende Kanzlerinnenkandidatin für die notwendigen Veränderungen. Wir haben jetzt die echte Chance Politik GRÜN zu gestalten und den politischen Stillstand vor Ort, in Bund und Land endlich zu beenden. Dieses Land braucht Aufbruch und Veränderung! Auf ein starkes GRÜN kommt es an!

Die Corona-Pandemie hat Defizite in unserer Gesellschaft wie unter einem Brennglas fokussiert: Frauen tragen wie selbstverständlich die Hauptlast der Care-Arbeit. Wenn Kinder nicht in die Kita und zur Schule gehen können, verschärft sich dieses Ungleichgewicht weiter. Kinder und Frauen sind die Betroffenen von zunehmender häuslicher Gewalt während der Lockdowns. Weiblich konnotierte Arbeit wie Pflegeberufe oder Kassiererinnen werden als systemrelevant beklatscht, aber nicht so bezahlt. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Schlachtindustrie und in der Landwirtschaft sind breit in das gesellschaftliche Bewusstsein gedrungen. Die zunehmende Spaltung in Arm und Reich erfordert grundlegende Veränderungen in allen Politikbereichen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben unter den Lockdown-Maßnahmen und Schulschließungen besonders gelitten. Bildungsungerechtig-keiten haben sich verstärkt. Die mangelnde Digitalisierung ist ein Desaster und verschärft die Ungleichheiten weiter.

Gruppenbezogene Herabwürdigungen und Menschenfeindlichkeit haben während der Pandemie zugenommen. Offener und versteckter Rassismus, Hass und Diskriminierung von LGBTIQ*, von BIPoC oder von Menschen mit Behinderungen dürfen in dieser Gesellschaft keinen Platz haben. Und vor allem dürfen sie von staatlichen Stellen nicht auch noch reproduziert und befördert werden. Racial Profiling

und grundrechtsverlet-zende Handlungsweisen von Polizist*innen bedürfen dringend unabhängiger Aufklärung. Und klar ist auch: Grundrechte gelten für alle Menschen, auch für Geflüchtete in den Lagern von Lesbos und Lipa. Die Bewegung „Seebrücke“, an deren Aktionen sich so viele von Euch beteiligen, zeigt: Unsere Kommunen sind bereit, Geflüchtete aufzunehmen. Niedersachsen muss endlich ein eigenes Aufnahmeprogramm auflegen!

Auch Klimakrise und Artensterben machen in Pandemiezeiten natürlich keine Pause. Wir brauchen keine Regierung, die der Vernichtung unserer Lebensgrundlagen tatenlos zuschaut, die vom Bundesverfassungsgericht abgewatscht werden muss und die den-noch am viel zu späten Kohleausstieg 2038 festhält. Im Kampf gegen die Klimakrise muss konsequent gehandelt werden. Wohlfeile Ziele zu formulieren reicht nicht! Dieses Land braucht eine sozial-ökologische Transformation, die alle Menschen einbezieht und mitnimmt. Wir brauchen den grundlegenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft – im Bund, im Land und in den Kommunen!

Wir GRÜNE ringen nicht erst seit gestern um zukunftssichernde Lösungen für die drängenden Herausforderungen unserer Zeit. Andere Parteien haben damit nicht einmal angefangen. Wir suchen den Dialog mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen, wir nehmen Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Vertreter*innen aus Gesellschaft, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft ernst und wir stellen uns der inhaltlichen Kontroverse. Kontroverse braucht eine klare GRÜNE Haltung und Gesprächsbereitschaft. Vermitteln, verhandeln, unterschiedliche Positionen wertschätzend behandeln, aber auch unsere GRÜNEN Lösungen klar und deutlich kommunizieren – das bringe ich mit.

Wir GRÜNE Niedersachsen sind gut aufgestellt für die Wahlen! Auf Bundesebene rocken Annalena und Robert die Politik. Sie stehen für klare Positionen und konstruktiven Umgang mit anderen Meinungen. Das kommt bei den Wähler*innen an und zieht die gesamte Partei mit. Wir sind im Aufbruch und das ist vor allem das Verdienst dieser beiden Bundesvorsitzenden.

Als Landesvorstand haben wir den Landesverband gemeinsam mit Euch vor Ort neu aufgestellt. Wir haben intensiv an der inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklung gearbeitet: effektiv, mit Humor und mit Teamgeist! Die Umsetzung des „GRÜNEN AUF-BRUCHs“ haben wir in den letzten zweieinhalb Jahren konsequent vorangetrieben. Wir haben unsere Presse- und Medienpräsenz ausgebaut, Kreis- und Ortsverbände, Landesarbeitsgemeinschaften und der Parteirat sind deutlich stärker in die Arbeit des Landesverbandes eingebunden, Landesvorstand und Landtagsfraktion arbeiten sehr viel enger zusammen als noch vor wenigen Jahren.

Mit dem Diversitätsstatut und dem Diversitätsrat schaffen auch wir die Voraussetzungen, das diskriminierte und in der Partei unterrepräsentierte Gruppen besser gehört und wahrgenommen werden und an der politischen Gestaltung partizipieren können. Mit

einem Empowermentprogramm haben wir erstmals Fortbildungen für Mitglieder auf den Weg gebracht, die für uns GRÜNE mehr Verantwortung übernehmen wollen. Wir haben unsere Inhalte programatisch weiterentwickelt zum Beispiel mit unserem GRÜNEN Klimaschutzprogramm und zur sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Mit dem Volksbegehren Artenvielfalt haben wir den damatischen Verlust der biologischen Vielfalt mit Vehemenz auf die politische Agenda des Landes gesetzt. Wir haben die Landesregierung massiv unter Druck gesetzt und konnten erreichen, dass sie endlich verschärfte Gesetze zum Arten- und Naturschutz verabschieden musste und programmatische Zugeständnisse gemacht hat. Wir werden wachsam kontrollieren, dass die vereinbarten Ziele auch tatsächlich umgesetzt werden.

Wir unterstützen im Kommunalwahlkampf die Kreis- und Ortsverbände und unsere Kandidat*innen für Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landrät*innenämter finanziell, organisatorisch und inhaltlich. Das gleiche gilt für die Direktkandidat*innen zur Bundestagswahl. Die ersten Vorbereitungen für die Landtagswahl 2022 laufen, eine Steuerungsgruppe ist eingesetzt und der Zeitplan steht.

Das alles gelingt nur im Team, in guter konstruktiver Zusammenarbeit im Landesvorstand und mit den Mitarbeiter*innen in der Landesgeschäftsstelle. Das gelingt nur, wenn sich alle Akteur*innen wahrgenommen und wertgeschätzt fühlen. Gerade in Wahlkämpfen kommt es auf gutes Teamspiel, klare Botschaften und Leidenschaft an. Ich sehe mich als Teil dieses Teams. Diese Arbeit möchte ich auch künftig als Euer Landes-vorsitzender fortsetzen.

Landtagswahl 2022 Wir wollen diese Wahlen gewinnen. Wir vom Landesvorstand werden alle personellen, finan-ziellen und ideellen Ressourcen in diesen Wahlkampf stecken, die wir haben – und natürlich ganz viel Herzblut. Aber das Wichtigste bei dieser Wahl seid ihr! Gemeinsam können wir die Schlagkraft unserer Kampagne noch verstärken. Das Volksbegehren Artenvielfalt war auch dafür ein guter Vorlauf. Wir sind Bündnispartei und stärken den Kontakt zu den Gewerkschaften, zu den IHKen und Unternehmer*innenverbänden, den Umweltverbänden und zur Landwirtschaft auf allen Ebenen. Und auch hier gilt: wir nehmen unsere Gesprächspartner*innen ernst und begegnen ihnen mit Wert-schätzung. Eine Politik der ausgestreckten Hand bei klarer Haltung!

Diese klare Haltung werde wir auch in den anstehenden Koalitionsverhandlungen 2022 brauchen. Es gilt, GRÜNE Politikziele in der Koalitionsvereinbarung durchzusetzen. Aus meiner Erfahrung in zwei Landtagswahlperioden in Opposition und Regierung weiß ich, wie wichtig es ist, auch Details klar zu verhandeln und verbindlich im Koalitionsvertrag festzuhalten. Diesen Vertrag möchte ich als Euer Landesvorsitzender erfolgreich mitverhandeln und so GRÜN wie möglich machen.

GRÜNE Politik soll Freude machen. Sie muss mitreißen. Mit Energie in der Sache, mit Fair-ness im Umgang, mit Enthusiasmus,

mit Nachdenklichkeit, Kritikfähigkeit und gesundem Pragmatismus möchte ich im Team mit Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle und GEMEINSAM mit Euch die begonnene Arbeit für Bündnis-GRÜNE Politik als Landesvorsitzender fortführen. Kämpfen wir dafür, in den Kommunen, in Bund und Land in Regierungsverantwortung zu kommen. GRÜN wird gebraucht und GRÜN gewinnt! Davon bin ich zutiefst überzeugt und bitte für weitere zwei Jahre um Eure Unterstützung als Landesvor-sitzender in einem klasse Team und mit einer engagierten Basis.

Euer
Hanso

Biographisches

- geb. am 17.12.1960 in Varel, zwei Kinder
  Dipl.-Ing. Landespflege (Naturschutz), Referendariat
  Tätigkeiten im Planungsbüro, im Nationalpark Wattenmeer
  und in der Naturschutzbehörde des Landkreises Wesermarsch

- 1991-2007: Ratsmitglied in Varel (mit kurzer Unterbrechung)
  2001-2003: Kreistag Friesland
  2002-2004 und 2008-2010: Sprecher LAG Natur und Umwelt
  2010-2011: stellv. Landesvorsitzender
  2011-2016: Ratsmitglied in Jade
  2011-2013: Mitglied im Landesparteirat
  2003-2008 & 2013-2017: Mitglied im Nds. Landtag -
  Landwirtschaft, Naturschutz, Häfen u. Schifffahrt
  2018: Sprecher der LAG Landwirtschaft, ländliche Räume
  Seit 2018: Gemeinsam mit Anne Kura
  Team-Landesvorsitz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
  Niedersachsen

- Hobbys: begeisterter (Liege-)Radfahrer,
  Garten - Obst und Gemüse
  Mitgliedschaften: u.a. bei Ver.di,
  BUND, NABU, Campact

LaVo2 Anne Kura

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Landesvorsitzende

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

alles ist drin. Die Chance auf eine Bundeskanzlerin Annalena Baerbock ist da. Gemeinsam machen wir im September der gesamten Gesellschaft ein Angebot für Veränderung, die eine gute Zukunft sichert. Ein Angebot für eine Politik auf der Höhe der Zeit, die der Größe der Aufgabe gerecht wird – die weiß, wohin sie will. Eine Politik, für die ich mit euch gemeinsam in den kommenden Wochen und Monaten, aber auch darüber hinaus kämpfen möchte. Wir stehen für eine dialogorientierte Politik mit klaren Zielen: Zukunftsinvestitionen und klimagerechter Wohlstand für alle, Klimaschutz, der auch die Freiheit kommender Generationen sichert, sichere Gesundheitsversorgung, gute Arbeit und faire Löhne, mehr Bildungsgerechtigkeit und eine moderne Infrastruktur und öffentliche Daseinsfürsorge.

Eine solche Politik wird nicht nur im Bund, sondern auch vor Ort bei uns in Niedersachsen gebraucht: für kommunalen Klimaschutz und menschengerechte Mobilität, für lebendige Innenstädte und Dorfkerne, für Zusammenhalt und bezahlbares Wohnen. Und klar, wir wollen mit den Kommunalwahlen im September für den Wahlkampfendspurt im Bund Rückenwind erzeugen. Nach dem Motto: Veränderung beginnt hier.

Für eine Politik, die Verantwortung für heute *und* morgen übernimmt

Eine Politik, die andauernd nur auf Sicht fährt, kann den Weg in eine bessere Zukunft weder weisen noch beschreiten. Weder die Bundes- noch die Landesregierung haben bislang die Kraft aufgebracht, eine Politik zu machen, wie es die Zeiten und die Aufgaben erfordern. Nur Ziele zu beschreiben, wird bei der Klimakrise ebenso wenig helfen, wie das Bremsen bei der sozial-ökologischen Transformation unserer Wirtschaft und bei der Überwindung von Armut. Politik muss den Willen haben, zu verändern – und sie muss es dann auch tun.

Für eine ökologische Zukunft

Es ist an uns, eine Politik umzusetzen, die die planetaren Grenzen einhält. Um auf den 1,5°C-Pfad zu kommen, brauchen wir schnelle und wirksame Maßnahmen, und zwar auf allen Ebenen und in allen Sektoren. Dafür müssen wir auch alte Gewissheiten überwinden: Es ist möglich, Kommunen und Verkehr nicht mehr vom Auto, sondern vom Menschen aus zu denken und zu gestalten. Damit das gelingt, brauchen wir Verbündete und die Lust, im Dialog

Geburtsdatum:
1984-08-03

Kreisverband:
Osnabrück-Stadt

Themen:
Klima- und Artenschutz, Gerechtigkeit, sozial-ökologische Transformation, Feminismus

E-Mail:
anne.kura@gruene-niedersachsen.de

weiter Überzeugungsarbeit zu leisten, für eine Politik, die Regeln so gestaltet, dass ökologisches Wirtschaften und Leben attraktiver ist.

Für eine gerechte Zukunft

Es ist an uns, für Zusammenhalt in einer gerechten Gesellschaft zu sorgen. Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig ein starker Sozialstaat ist, aber auch an welchen Stellen wir dringend nachbessern müssen. Verantwortung haben wir als Grüne in der Pandemie gerade für die übernommen, die von der Landesregierung vergessen oder übersehen wurden: Kinder, Familien, Studierende, Kulturschaffende und Soloselbstständige.

Die Corona-Pandemie hat Ungerechtigkeiten nicht nur aufgedeckt, sondern nochmal verschärft. Vieles in unserem Land ist ungerecht verteilt: Risiken und Chancen, Lasten und nicht zuletzt auch Reichtum. Wir brauchen neue Regeln für mehr Gerechtigkeit und für eine Politik, die niemanden vergisst und allen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben gibt.

Damit die Bildungschancen nicht mehr vor allem vom Elternhaus abhängen, brauchen wir beides: gute Bildungseinrichtungen und eine Kindergrundsicherung. Wir müssen nicht nur die inakzeptablen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie verbessern, sondern auch bei Paketdiensten und in der Pflege. Menschen in sozialen Berufen sind die unterbezahlten Säulen unserer Gesellschaft. Wir müssen sie endlich entsprechend bezahlen.

Damit ein gutes Leben für alle möglich ist, brauchen wir massive Investitionen in Zukunft, Daseinsvorsorge und einen leistungsfähigen Staat. Nutzen wir technologischen Fortschritt für ökologischen und sozialen Fortschritt.

Zukunft gemeinsam erringen

Es ist an uns, die Initiative zu Bündnissen für eine solche Politik zu ergreifen, sie zu schmieden und so gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen. Dabei gilt: Menschen an der Veränderung zu beteiligen, bringt sie voran. Deshalb müssen wir alle ansprechen, die Teil der Lösung sein können: in der Wissenschaft, im produzierenden Gewerbe, in der Landwirtschaft und im Handwerk. Wir stehen für eine Politik, die klare Leitlinien setzt und zugleich motiviert, sich zu beteiligen. Gesellschaftliche Bündnisse machen uns stärker. Wir sind im Austausch mit Gewerkschaften und Sozialverbänden, Wirtschaft und Handwerk. Politik ist vielleicht nicht am einfachsten, aber am wirksamsten, wenn möglichst viele mitmachen. In diesem Geist arbeiten wir an der sozial-ökologischen Transformation in Niedersachsen.

Offene Gesellschaft und Demokratie schützen

Wir sind tragende Säule unserer Demokratie. Wir stellen uns mit anderen demokratischen Kräften, Vereinen, Verbänden und ein starkes Bündnis der Zivilgesellschaft Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus entgegen – aber vor allem stehen wir ein für

Zusammenhalt, Vielfalt, Demokratie und Freiheit in einer offenen Gesellschaft.

Wachsen wir über uns hinaus: im September vor Ort und im Bund – und 2022 in Niedersachsen

Der große Erfolg unseres Volksbegehrens Artenvielfalt Jetzt! hat gezeigt, dass wir auch aus der Opposition heraus etwas erreichen können. Aber klar ist: wir wollen politische Verantwortung übernehmen, vor Ort, im Bund und in Niedersachsen. Auch deshalb kämpfen wir mit einer starken Kampagne dafür, die Rat- und Kreishäuser im September zu begrünen. Dass es uns gelungen ist, mit Hannover und dem Osnabrücker Land ehemalige rote und schwarze Hochburgen zu erobern, sorgt für zusätzlichen Schwung und Optimismus im Wahlkampf.

Wir wollen aus Niedersachsen einen starken Beitrag für einen politischen Neuanfang in Berlin leisten. Wir arbeiten an den programmatischen und strategischen Voraussetzungen für einen Wahlerfolg 2022 in Niedersachsen. Politik heißt nicht nur wollen, sondern auch machen: unser Anspruch ist es, mit mehr Gewicht in einer Regierung Niedersachsen nachhaltig besser zu machen.

Als eure Landesvorsitzende möchte ich mit euch weiter gemeinsam daran arbeiten, dass wir diesen Anspruch Realität werden lassen.

Dynamisch, lebendig, grün!

Unsere Ausgangsbedingungen sind gut. Mittlerweile sind wir mehr als 11.000 Grüne in Niedersachsen – und wir werden immer mehr. Es werden so viele Menschen für uns bei den Kommunalwahlen kandidieren, wie nie zuvor. Darüber bin ich froh und dankbar. Wir haben die Landesgeschäftsstelle gestärkt, damit wir euch besser unterstützen können. Das letzte Jahr hat gezeigt, was in uns steckt. Kreisverbände und Mitglieder entwickeln innovative Ideen. Genau das macht uns Grüne als lebendige Mitgliederpartei aus. Wir haben die Vernetzung zwischen Ortsverbänden, Kreisverbänden und mit der Landtagsfraktion ausgebaut. Mit unserem Empowerment-Programm möchte ich diejenigen stärken, die mehr Verantwortung in der Parteiarbeit übernehmen wollen. Als Feministin will ich weiter für Gleichstellung – innerhalb und außerhalb der Politik kämpfen. Gemeinsam mit dem Diversity-Rat will ich bestehende Repräsentationslücken auch bei uns Grünen offensiv angehen.

Besonders große Lust habe ich, mit euch nach den Wahlen im Herbst in den Programmprozess für die Landtagswahl zu starten – mit viel Beteiligung und gesellschaftlichem Dialog.

Liebe Freund*innen, es gibt viel zu tun. Packen wir es weiter gemeinsam an. Wie immer mit positiver Energie! Eine bessere Zukunft kommt nicht von allein. Aber es lohnt sich, dafür zu ackern. Das möchte ich gerne in den nächsten zwei Jahren mit euch tun.

Eure Anne

Biographisches:
Ich bin in Ostwestfalen aufgewachsene Europäerin. Ich habe in

Osnabrück und Maastricht Europäische Studien studiert und lebe seit 2005 in Osnabrück. Seit März 2018 bin ich eure Landesvorsitzende. Davor habe ich seit 2013 im Landtag gearbeitet, u.a. als Referentin für Europapolitik und für Klima-, Energie- und Umweltpolitik. Seit 2009 bin ich Mitglied im Landesparteirat und war von Herbst 2016 bis 2018 Beisitzerin und frauen- und genderpolitische Sprecherin im LaVo. Zwischen 2009 und 2016 war ich Vorstandssprecherin des Kreisverbands Osnabrück-Stadt; seit Herbst 2016 bin ich Mitglied im Osnabrücker Stadtrat und dort vor allem für die Themen Soziales und Wohnen zuständig.

Ich wandere und fotografiere gerne, am liebsten im Wald und am allerliebsten im Harz. Stricken mag ich immer noch.

Schatz1 Heiko Sachtleben

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Landesschatzmeister*in

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit bewerbe ich mich bei euch als Landesschatzmeister des Landesverbandes.

Wir Grünen sind mittlerweile der Garant für gesellschaftlich notwendige Veränderung, sowohl in der Klimapolitik als auch in der Diskussion um die notwendige sozial-ökologische Transformation. Dies ist bei den Menschen in unserem Land, die durch die aktuellen Krisen wie Klimawandel und Corona verunsichert sind, angekommen. Die erfolgreichen Landtagswahlen Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz haben gezeigt, dass sich das für uns auch in höheren Stimmenanteilen niederschlägt. Deutlich größere Landtagsfraktionen und mehr Regierungsverantwortung sind die positiven Folgen. Auch in Niedersachsen sind grüne Positionen und Inhalte längst Teil des täglichen Lebens. Dies betrifft aber nicht nur die großen, grünen Themen sondern auch und gerade die „Alltagsthemen", die vor Ort wichtig sind und entschieden werden. Die neue Schule, das Wohngebiet, die Kläranlage und die Freizeitgestaltung, überall arbeiten wir konstruktiv, mit grüner Handschrift und Verlässlichkeit mit.

In diesem und im nächsten Jahre haben wir drei Wahlen vor uns. Mit deren Ergebnissen müssen wir in der Lage sein, wichtigen Aspekten unseres Lebens eine neue Richtung zu geben. Diese Wahlen werden entscheidend sein im Ringen um die Klimarettung und in Bezug auf die Überwindung der sozialen Ungleichheit unserer Gesellschaft. Gerade diese Ungleichheit droht, unsere Gesellschaft zu zerreißen und den demokratischen Konsens zu unterhöhlen. Hier lauert die Gefahr des Rechtsextremismus, dem und anderen Demokratiefeinden müssen wir entschlossen und mit klarer Kante entgegentreten.

Aber auch innerparteilich werden diese Wahlen viel verändern. Wir haben mit Annalena erstmalig eine Kandidatin für das Kanzler*innenamt. Wir stehen in einer historischen Situation. Wir formulieren Ziele und Richtungen nicht mehr aus der Position der „kleinen" Partei heraus. Sowohl die wachsende Zahl unserer Mitglieder als auch die Wahlergebnisse der letzten Zeit lassen uns nicht mehr die Frage stellen, mit wem können wir regieren, sondern wer regiert mit uns.

Diese Frage wird sich nicht nur nach der Bundestagswahl auf der großen Bühne der Politik stellen. Wir werden sie gerade nach der

Geburtsdatum:
1965-02-07

Kreisverband:
KV Peine

Themen:
Sozial-Ökologische Transformation. Kommunale Finanzen, Antifaschismus, Atom-/Endlagerpolitik

E-Mail:
heiko.sachtleben@die-gruenen.org

Kommunalwahl in vielen Rathäusern stellen, wenn aus den Klein- und Kleinstfraktionen in den Räten im ländlichen Raum starke Fraktionen geworden sind. Und die großen Fraktionen in unseren Hochburgen Mehrheitsfraktionen geworden sind.

Wir werden erleben, dass bei einigen der anstehenden Wahlen zu Bürgermeister*innen und Kreisrätinnen sich grüne Bewerber*innen durchsetzen werden. Und Anna Kebschull nicht mehr die einzige grüne Landrätin ist, sondern die Erste.

Für all diese Veränderungen hat der kommende Landesvorstand eine zentrale Aufgabe. Er muss in den kommenden Wahlkämpfen dafür sorgen, die richtigen Akzente zu setzen. Er muss eine gute grüne Geschichte erzählen und die Zustimmung für das grüne Projekt vergrößern.

Ein wichtiger Eckpfeiler ist die sozialökologische Transformation. Hier werden wir zeigen, wie einer Industriegesellschaft ein nachhaltiges, enkeltaugliches Produzieren gelingen kann.

In dieses Projekt hat der amtierende LaVo unglaublich viel Energie und Zeit gesteckt hat. Um das Gelingen dieses Projektes weiter zu befördern, möchte ich wieder Teil des Vorstandes sein, diesmal allerdings in einer anderen Funktion, in der Funktion des Landesschatzmeisters.

Warum mache ich das?

Ich mache das aus einer Beharrlichkeit heraus, die mich mein gesamtes politisches Leben begleitet hat. Ich bin in Sichtweite von Schacht Konrad aufgewachsen. Der Widerstand gegen diesen Schacht hat mich politisiert und dazu geführt, dass ich im Alter von 16 Jahren den OV Lengede im KV Peine mitgegründet habe. Und gerade weil ich aus der Region des einzig genehmigten Endlagers für Atommüll komme, werde ich mich auch nie mit einem „faulen“ Kompromiss oder Deal in der aktuellen Endlagersuchdiskussion zufrieden geben.

Diese Beharrlichkeit hat mich jetzt zu dem Entschluss gebracht, als Landesschatzmeister zu kandidieren.

Da ich im wirklichen Leben meine Brötchen seit 25 Jahren als Geschäftsführer zweier Firmen in der Kreativwirtschaft verdiene, mit denen ich gerade gegen den harten Corona-Wind kreuze, bin ich gewöhnt, kreative, aber auch anstrengende Wege zu gehen.

Ich habe in den letzten 9 Jahren als Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat und später im Kreistag die Besonderheiten und Fallstricke öffentlicher Haushalte kennengelernt. Ich habe schwierige finanzielle Verhandlungen bestritten, sei es die Fusion meiner Heimatgemeinde mit einer zweiten oder jetzt gerade in Corona-Zeiten die Rekommunalisierung des Krankenhauses in Peine.

Diese beruflichen und politischen Fähigkeiten und Erfahrungen möchte ich nun als Landesschatzmeister in unsere Partei einbringen. Denn unsere wachsende Partei steht nicht nur politisch vor neuen

Herausforderungen, sondern auch im strukturellen, administrativen Bereich: Das betrifft die Entwicklung eines Konzeptes für finanzschwache Kreisverbände und eine vorrausschauende Planung in der Entwicklung unserer Landesgeschäftsstelle, personell, wie auch räumlich, ebenso wie eine klare Positionierung des Landesverbandes zum Bundesverband in Aufgaben und Aktivitäten und vermehrte Diskussion und Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden in Bezug auf Aufgaben, die von den Landesverbänden getragen werden.

Es gibt viel zu tun, um zusammen das Grün zum Leuchten zu bringen, deshalb bitte ich euch um euer Votum für eine Amtszeit als Landesschatzmeister.

Biographie Heiko Sachtleben

Persönlich:

•geboren: 07.02.1965

•verheiratet

•miterziehender Vater von zwei Söhnen

Beruflich:

•1987 bis 1995 Studium des Sozialwirts in Göttingen

•Geschäftsführer des event-service-bs

Grün:

•Landratskandidat 2016 für den Landkreis Peine

•1983 Mitbegründer des OV Lengede im KV Peine, als Schriftführer

•1985 bis 1987 im Vorstand des KV Peine

•1988 bis 1992 im Vorstand des KV Göttingen

•1995 Austritt aus der Partei

•2001 als parteiloser Kandidat auf der Grünen Liste für den Gemeinderat Lahstedt

•2010 Wiedereintritt in die Partei und Mitglied im Kreisvorstand des KV Peine

•seit 2015 Ratsmitglied in der Gemeinde Ilsede

•seit 2011 Mitglied im Kreistag Peine

•seit 2014 Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion

• seit 2016 Beisitzer im Landesvorstand Niedersachen

Außerdem:

•Mitglied einer Solidarischen Landwirtschaft

•Mitglied in der LAFT (Landesarbeitsgemeinschaft Freier Theater Niedersachsen)

•Mitglied im A.A.I. (Arbeitsausschuss Innenstadt-Zusammenschluss der innerstädtischen Braunschweiger Kaufleute)

•Mitglied im ATB (Arbeitsausschuss Tourismus Braunschweig)

•Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschist*innen

•Vorstandsmitglied bei AST e.V. - Verein für regionale Kulturarbeit im Südkreis Peine.

LaVo-Bei1 Mathis Weselmann

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Beisitzer*innen

Selbstvorstellung

Gemeinsam für Morgen!

Liebe Freund*innen,

die kommenden Wahlen am 26. September 2021 sind die bisher wichtigsten Wahlen unserer grünen Geschichte. Erstmals haben wir die Chance, mit Annalena Baerbock als Kanzlerin Bundespolitik nicht nur mitzugestalten, sondern ihre Richtlinien zu prägen. Bei den Kommunalwahlen zwei Wochen zuvor liegen wir auf Augenhöhe im Wettbewerb um die Rat- und Kreishäuser. Und im kommenden Jahr kämpfen wir für einen Politikwechsel in Niedersachsen.

Armin Laschet und Olaf Scholz, Stephan Weil und Bernd Althusmann - sie repräsentieren eine müde Politik voll Angst vor dem Machtverlust, eine Politik, die auch in größten Krisen erst durch Meinungsumfragen und das Bundesverfassungsgericht zum Handeln gezwungen werden muss. Ihre Politik des Abwartens und der Minimalkompromisse hat bereits in der Corona-Krise zu riesigen Schäden geführt. Ihr Scheitern in der Klimakrise wäre ungleich dramatischer, weil eine Rettung aus der Impfspritze hier ausbleiben wird.

Wo CDU und SPD stehen geblieben sind, ist diese Gesellschaft längst in Bewegung. In der Pandemie hat die Bevölkerung mehr praktische Vernunft und mehr Gemeinsinn gezeigt als die gesamte Ministerpräsidentenkonferenz. Wo der rot-schwarzen Landesregierung beim Thema Wirtschaftsförderung immer noch nur „Abwrackprämie“ einfällt, sind es Erfinder*innen und Gründer*innen, Kommunen und Unternehmen, die schon heute an der klimaneutralen Wirtschaft von morgen arbeiten. Und während sie auf den „Deutschlandtagen“ der Jungen Union immer noch über eine „Deutsche Leitkultur“ schwadronieren, ist die eigentliche „Leitkultur“ eines Großteils der Gesellschaft längst Vielfalt und Mitmenschlichkeit.

Es ist unsere Aufgabe als Partei, diesen Mut, diese Vernunft und diese Solidarität in politisches Handeln zu übertragen. Dabei will ich mithelfen! In der kommenden, harten Auseinandersetzung werden wir nur bestehen, wenn wir als Partei jenseits aller wichtigen Debatten im Detail unsere Kraft geeint auf die kommende Aufgabe ausrichten. Deshalb kandidiere ich als Beisitzer im Landesvorstand, um die Partei mit meiner Leidenschaft und meiner Erfahrung als Wahlkämpfer zu unterstützen.

Mit klarem Blick und ausgestreckter Hand

Geburtsdatum:
1985-02-21

Kreisverband:
Göttingen

Themen:
Demokratie, Kampagnen & Parteientwicklung

E-Mail:
mail@mathis-weselmann.de

Erfolgreiche grüne Politik ist immer beides: eine Politik der klaren Ziele und eine Politik der ausgestreckten Hand. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass unser gemeinsames Ziel das Ende des fossilen Zeitalters und eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad ist. Wir stehen dafür, dass mindestens die Hälfte der Macht (und der Parlamentsmandate) den Frauen* gehört. Wir wollen das Sterben im Mittelmeer beenden und ein Europa schaffen, das Rassismus und Menschenfeindlichkeit die Stirn bietet. Wir stehen dafür, dass systemrelevante Berufe in Medizin und Pflege angemessen entlohnt werden und Familien weder in der Pandemie noch in der Zeit danach allein gelassen werden.

Unsere Bündnispartner*innen sind all' jene in der Gesellschaft, die längst weiter sind als die Politik von Schwarz und Rot. Deshalb reichen wir den vielen Landwirt*innen die Hand, die nicht länger in einer Abwärtsspirale aus Immer-Mehr und Immer-Billiger gefangen sein, sondern gute Lebensmittel mit Rücksicht auf Mensch, Tier und Umwelt herstellen wollen. Wir sind verlässliche Partner*innen für jene Unternehmen, die längst begriffen haben, dass dem nachhaltigen Wirtschaften die Zukunft gehört. Wir stellen uns hinter die vielen Polizist*innen, die gegen rechtsextreme Netzwerke in den Sicherheitsbehörden Gesicht und Haltung zeigen. Und natürlich ist diese Liste nicht vollständig.

Mit klaren Zielen und einer ausgestreckten Hand können wir die Partei sein, die alte Gräben überwindet und neue Brücken baut. Wir können eine Partei der Zuhörenden und Lernenden sein, eine Partei die überzeugt und begeistert, statt zu überreden und Angst zu machen! Darin liegt unsere Chance in den kommenden Monaten.

Grünes Wachstum

Die tausenden neuen Mitglieder, die ihr Engagement mitbringen und für grüne Themen brennen, sind unser größter Vorteil im kommenden Wahlkampf. Zugleich ist die Einbindung der neuen Mitglieder vor Ort eine große Herausforderung. Waren früher vielerorts Vorstände und Fraktionsmitglieder der aktive Kern der Partei, sucht heute eine Vielzahl motivierter Neumitglieder die Möglichkeit zur Beteiligung. Vorstände werden zunehmend von Aktivist*innen zu Organisator*innen, Motivator*innen und Kümmerer*innen.

Ich möchte in den kommenden Jahren die Organisationsentwicklung in unserer Partei voranbringen und die ehrenamtlichen Vorstände in den Kreis- und Ortsverbänden stärker in ihrer neuen Rolle zu unterstützen. Ich bin überzeugt, dass wir die Kreisverbände stärker mit der Landesebene vernetzen sollten - beispielsweise bei der Vorbereitung größerer Kampagnen oder gerade auch in Zeiten einer grünen Regierungsbeteiligung. Und unsere Parteitage sollten nach der Pandemie wieder die Orte der lebhaften Diskussion und der kontroversen Debatte sein - auch und gerade neben der wichtigen Antragsarbeit auf der großen Bühne.

Das neue grüne Wachstum, kann dazu führen, dass wir auch als Organisation wachsen, dass wir als Mitglieder-, Bewegungs- und Bündnispartei wachsen. Als geschlossene Partei mit klaren Zielen

und einer ausgestreckten Hand haben wir die einmalige Chance, einen neuen, offeneren, zeitgemäßeren und mutigeren Politikstil zu prägen. Lasst sie uns nutzen!

Lebenslauf - Berufliches und Grünes

Geboren 21.02.1985 in Northeim
2011 Studienabschluss an der Universität Göttingen (Ev. Theologie)
2011-2017 Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei der Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen; Koordinierungs- und Fachstelle Partnerschaft für Demokratie
2012-2014 Mitglied im Vorstand Stadtverband Göttingen
2014-2019 Vorstandssprecher Kreisverband Göttingen
seit 2018 Geschäftsführer Stadtverband Hannover, u.a. Wahlkampfleiter für Belit Onay bei der Oberbürgermeisterwahl 2019
seit 2019 Kreistagsabgeordneter Landkreis Göttingen, Mitglied im Schulausschuss

facebook: mathis.weselmann
twitter: @mweselmann
Blog: www.mathis-weselmann.de

LaVo-Bei2 Eva Viehoff

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Beisitzer*innen

Selbstvorstellung

Geburtsdatum:
1958-10-09

Kreisverband:
Cuxhaven

Themen:
Kultur, Hochschule und Wissenschaft, "Gute Arbeit"

E-Mail:
eva.viehoff@gmail.com

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir leben in unruhigen Zeiten. Die Pandemie ist immer noch ein beherrschendes Thema. Doch die Herausforderung der Pandemie verblasst vor dem, was uns erwartet, wenn wir nicht, die planetaren Grenzen achten. Deshalb braucht es ...

Perspektiven für eine gute Zukunft

Mit unserem Handlungsrahmen zur sozial-ökologischen Transformation haben wir uns in Niedersachsen auf den Weg gemacht, Ökologie und Ökonomie zusammen zu führen. Nur so kann es gelingen unser Leben und das der kommenden Generationen nachhaltig zu sichern. Mit dieser enkeltauglichen Politik schaffen wir für alle Menschen Perspektiven innerhalb der planetaren Grenzen.

Perspektive Kultur

Wenn es in der Pandemie einen Bereich gibt, der uns Perspektivlosigkeit brutal aufzeigt, dann ist es die Kultur.

First in, last out -– als erstes zu als letztes wieder auf!

Viele Kreative sind am Ende – am Ende ihrer Geduld und am Ende ihrer Kräfte. Seit über einem Jahr befindet sich die gesamte Branche in einem ermüdenden und zermürbenden Mahlstrom aus andauernden Umsatzeinbrüchen und Einkommensverlusten, ständigem Umplanen, Neuplanen oder Absagen von Veranstaltungen und der Beantragung von Hilfen – die am Ende an vielen Stellen dann doch krachend an der Arbeitsrealität insbesondere der Selbstständigen und hybrid Arbeitenden vorbeigehen. Die Allianz der Freien Künste hat Recht, wenn sie feststellt: „Die überbordende Bürokratie der Corona-Hilfen ist eine gigantische Vernichtungsmaschine für Zeit, Energie und Zuversicht".

Das darf so nicht weiter gehen und auf keinen Fall wieder passieren - In keiner Krise; denn Kultur ist nicht „nice to have" – sie ist die DNA unserer Demokratie. Sie regt an (und manchmal auch auf), sie bietet Raum für Diskussion und Auseinandersetzung. Kultur ist innovativ und für eine gesellschaftliche Reflexion der sozial-ökologischen Transformation unerlässlich.

Als Landesverband müssen wir im Dialog mit den Fachverbänden alle kulturpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, die Arbeitsbedingungen von Kreativen und

Kulturschaffenden nachhaltig verbessern und die Kulturszene am Transformationsprozess beteiligen.

Perspektive Lehr- und Wissenschaftsstandort Niedersachsen

Die Universitäten und Hochschulen müssen aktuell eine beispiellose Einsparleistung erbringen. Diese Tabula-Rasa-Politik der Landesregierung fährt die Hochschulen vor die Wand und wird auf dem Rücken der Studierenden und Beschäftigten ausgetragen! Wir wollen den Lehr- und Wissenschaftsstandort Niedersachsen nachhaltig stärken, besonders in den Bereichen der Geistes-,Sozial- sowie Naturwissenschaften und MINT-Fächern, die die Umsetzung unseres Handlungsrahmens unterstützen. Eine Schließung von ganzen Studiengängen und Instituten, wie der Meteorologie an der Leibniz-Universität Hannover oder die Streichung von Professuren im Bereich Inklusive Schule ist der falsche Weg.

Als Landesverband müssen wir die Zusammenarbeit mit Gremien wie der Landesastenkonferenz (LAK), Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen in Niedersachsen (lakog) und Landehochschulkonferenz (LHK) verstärken, damit wir sie als Multiplikator*innen für die sozial-ökologische Transformation begeistern und gewinnen. Neben der grünen Jugend müssen auch wir als Partei den Kontakt zu den grünen Hochschulgruppen intensivieren.

Perspektive „Gute Arbeit“

Erwerbsarbeit braucht faire Bezahlung und anständige Arbeitsbedingungen!

Gerade der Umbau der Wirtschaft stellt eine große Herausforderung dar. Dieser darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen ausgetragen werden. Prekäre Arbeitsverhältnisse, wie in der Schlachtindustrie und bei den Erntehelfer*innen darf es in Zukunft nicht mehr geben.

Anständige Arbeitsbedingungen bedeuten gleichzeitig auch: Wir müssen Arbeitnehmer*innen beim sozial-ökologischen Umbau mitnehmen. Die Mitbestimmungsrechte müssen erweitert werden, um Arbeit und technologischen Fortschritt fair zu gestalten. Wir wollen Arbeitnehmer*innen bei der Umsetzung von Automatisierungsprozessen beteiligen. Vor allen Dingen muss eine gleichberechtigte Teilhabe auf Qualifikation sowie Aus- und Fortbildung sichergestellt sein.

Als Landesverband ist daher die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wichtig und wir sollten sie weiter intensivieren. Wir sind schon auf einem guten Weg. Doch ich bin sicher: Da geht noch mehr!

Überdies sind für mich die Herausforderungen der Zukunft ohne Feminismus undenkbar. Für mich kann die sozial-ökologische Transformation nur erfolgreich sein, wenn wir patriarchalische Strukturen aufbrechen, tradierte Rollenzuschreibungen aufgeben und den Mensch unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialem

Status und sexueller Orientierung in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.

Veränderung beginnt hier

Mit den anstehenden Kommunal- und Bundestagswahlen sowie den im nächsten Jahr anstehenden Landtagswahlen in Niedersachsen haben wir große Chancen, die Politik in Kommunen, Bund und Land mit starker grüner Stimme mitzugestalten. Auf uns wartet eine spannende Zeit!

Ich möchte mit meiner Bewerbung als Beisitzerin im Landesvorstand diese Chancen aktiv ergreifen, Weiterentwicklungen innerhalb der Partei gemeinsam anstoßen und den Prozess die nächsten zwei Jahre in Niedersachsen durch mein Engagement mit gestalten. Unser klares Ziel ist es, die Klimakrise abzuwenden und Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft zu schaffen.

Meine Kompetenzen und Erfahrungen in den Bereichen Kultur, Hochschule und Wissenchaft sowie „Gute Arbeit" bringe ich gerne in die zukünftige Arbeit des Landesvorstandes mit ein und biete an die Vernetzung zwischen Vorstand und Fraktion weiter zu stärken.. Ferner bin ich weiter auch vor Ort aktiv und verfüge über gute Erfahrungen zu grüner Politik im ländlichen Raum.

Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr meine Kandidatur als Beisitzerin unterstützt.

Biographie:

Zur Person: Dipl.-Ing.agr. Eva Viehoff

Landtagsabgeordnete seit 2017
Kommunalpolitische Erfahrung in Kreistag- und Gemeinderat
Bis 2017 Kreissprecherin KV Cuxhaven

Mitarbeit in LAG Kultur
LAG Wissenschaft und Hochschule

Privates: Ich bin 62 Jahre jung und habe vor langer Zeit mal Agrarwissenschaften in Kiel studiert. Ich habe 3 erwachsene Kinder und 1 Enkelkind. Ich wohne im Landkreis Cuxhaven. Und wenn nicht grad Corona ist, reise ich gerne, super gerne mit der Bahn.

Kontakt: T. 04744 930061
Twitter: @eva_viehoff
FB: https://www.facebook.com/Eva.Viehoff/ Insta: eva_viehoff_mdl

LaVo-Bei3 Djenabou Diallo Hartmann

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Beisitzer*innen

Selbstvorstellung

Geburtsdatum:
1985-04-11

Kreisverband:
Hannover

Themen:
Migration und Flüchtlingspolitik, Europa und Internationale Politik, Kinder Jugend und Familie

E-Mail:
Djenabou@gmx.de

Bewerbung Landesvorstand: Beisitzerin

Liebe Freundinnen und Freunde,

in Niedersachsen erleben wir nach 4 ½ Jahren Rot-Grün, eine Rot-Schwarze Regierung (Groko), die alles zu Nichte macht, was wir an progressiver Politik geschaffen haben. Der Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik, die sozialökologische Transformation in unserer Gesellschaft, der Einsatz für mehr Vielfalt und Bürger*innenrechte, die Energie- und Agrarwende und noch viel mehr. Das schmerzt liebe Freundinnen und Freunde, das muss sich wieder vehement ändern. Dafür braucht es starke Grüne für die kommenden Jahre und ich will meinen Beitrag dazu leisten.

Seit mehreren Jahren engagiere ich mich intensiv für eine weltoffene und gleichberechtigte Einwanderungsgesellschaft in Niedersachsen. Aber was wir derzeit in der Migration und Geflüchteten Politik erleben, macht wütend. Obwohl viele Kommunen dem Bündnis Seebrücke beigetreten sind und ihre Bereitschaft erklärt haben, mehr Menschen in Not aufzunehmen, blockieren die Grokos in Bund und Land jede humanitäre Politik. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde gilt wohl nicht für Minderheiten und Menschen auf der Flucht. Das Sterben im Mittelmeer ist beschämend. Werte unserer Demokratie und Menschenrechte werden mit Füßen getreten und wir Grüne sind mehr denn je gefragt, um diese zu verteidigen. Die Idee Europas, welche Frieden, Wohlstand und Solidarität für alle Europäer*innen sichern sollte, bröckelt. Ein starkes, weltoffenes Europa, das global Verantwortung übernimmt, fehlt. Die Existenzen anderer Menschen, beispielweise aus Afrika, wird durch unsere Agrarpolitik in Niedersachsen zerstört. Das muss sich ändern.

Im September sind Kommunalwahlen. In Niedersachsen (über 30 Kommunen) und bundesweit (über 170 Kommunen) wollen Kommunen Geflüchtete aufnehmen und Ihnen bei einem Start in unserer Gesellschaft unterstützen. Die Menschen in unseren Kommunen stehen ganz eindeutig, so wie wir Grüne, für eine offene Gesellschaft und nehmen die Verantwortung gegenüber den Geflüchteten an. Wir stellen uns in aller Konsequenz gegen Rassismus und Diskriminierung. Denn was wir brauchen, ist mehr gesellschaftlicher Zusammenhalt, mehr Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in unserem Gemeinwesen. Moderne Gesellschaften beruhen nicht auf Solidarität, die aus Ähnlichkeit erwächst, sondern auf Solidarität, die auf Verschiedenheit und gegenseitiger Abhängigkeit fußt. Das haben wir

Grüne verstanden und wollen uns für eine vielfältige Gesellschaft einsetzen, denn die vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche in diesem Bereich unterwegs sind, erwarten dies von uns.

Wir erleben derzeit überall auf der Welt, aber auch bei uns in Deutschland und Niedersachsen eine öffentliche Debatte über Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung. Leider werden Millionen Menschen jeden Tag damit konfrontiert. Die Black Lives Matter Bewegung zeigt auch bei uns, dass diese benachteiligten Menschen sich nach Gleichberechtigung sehnen. Immer mehr Organisationen/Initiativen fordern von uns Parteien endlich Rassismuskritische Lehre in unseren Bildungsinstitutionen durchzusetzen und wollen endlich die Entkolonialisierung Niedersachsens sehen. Wir Grüne können die Vorreiter*innen Rolle übernehmen und ungleiche Behandlungen mit strukturellen Maßnahmen, bekämpfen. Um diese Veränderungen für unsere Gesellschaft zu erreichen, müssen wir bei uns anfangen. Wir können stolz darauf sein seit 1986 ein Frauenstatut zu haben. Im Jahr 2021 müssen wir die Veränderungen da draußen erkennen und der vielfältigen Gesellschaft als Partei Angebote machen. Was bedeutet, eine gleichberechtigte politische Teilhabe und Repräsentation für alle zu ermöglichen, um Diskriminierung entgegen zu wirken. Ich habe mich in unserer LAG Migration und Flucht zusammen mit unserem jetzigen Oberbürgermeister von Hannover Belit Onay, dafür eigesetzt, dass wir als Partei in Niedersachsen vielfältiger werden. Deshalb hat es unsere LAG sehr gefreut, als der von uns vorgelegte Diversityantrag beim letzten Parteitag in Osnabrück angenommen wurde. Es ist gut, dass unsere Bundespartei jetzt auch diesen Weg gegangen ist und wir jetzt ein Vielfaltstatut haben. Jetzt wird es darum gehen an unseren Parteistrukturen zu arbeiten, um sie in allen Bereichen Vielfältig aufzustellen und Empowerment Maßnahmen zu erarbeiten, um Vielfalt in unserer Partei zu fördern. Ich möchte für die Zukunft mit Euch gemeinsam dafür sorgen, dass diese Beschlüsse nachhaltig angegangen und umgesetzt werden.

Ich bin Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen geworden um mich für eine offene Gesellschaft, bei der die geschlechtliche Orientierung, die Herkunft, Hautfarbe oder Religion kein Problem darstellt, einzusetzen. Denn Bündnis/90 Die Grünen ist die einzige Partei, die sich ernsthaft für Gleichberechtigung und den Schutz von Minderheiten einsetzt. Das soll so bleiben und dafür werde ich mich weiterhin ganz persönlich in unserer Partei einsetzen.

Während der Corona Pandemie und das seit über einem Jahr, erlebe ich als Mutter von zwei Kindern, wie viele andere Familien auch, dass unsere Belange nicht berücksichtigt werden. Wir werden nämlich von der Politik im Stich gelassen. Wir müssen arbeiten, die Kinder betreuen und Unterrichten. Insbesondere Frauen fühlen sich in die 50er Jahre zurückgeworfen, denn die Entscheidungsträger (Männer) haben entschieden, dass wir das alles ohne offene Kitas und Schulen bewältigen müssen. Die feministische Perspektive, die alle Menschen im Blick hat, fehlt. Was dazu führt, dass wir Frauen es oft schwer haben, beruflich und bei vielem in unserer Gesellschaft, teilzuhaben.

Kindern wurden die Rechte entzogen, die des Miteinanders mit anderen Kindern und auch die Bildungsungerechtigkeit in unserem Bildungssystem ist noch größer geworden. Die Herkunft oder der Bildungsstand der Eltern sind die entscheidenden Faktoren für den Erfolg im Homeschooling. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Daher muss das digitale Lernen für alle Kinder möglich gemacht werden und die Schulen müssen mehr Unterstützung erhalten, damit Kindern mit mehr Unterstützungsbedarf geholfen werden kann.

In den kommenden zwei Jahren, stehen sehr wichtige Wahlen für uns Grüne bevor. Die Kommunal, Bundestags- und danach Landtagswahlen. Daher braucht es starke Grüne in Niedersachsen, die Geflüchtete schützt, für eine gleichberechtigte Einwanderungsgesellschaft streitet, eine echte Agrarwende und die sozialökologische Transformation in unserer Gesellschaft vorantreibt. Dafür muss Rot-Schwarz abgewählt werden und ich will, dass wir wieder in Regierungsverantwortung kommen. Denn nur mit starken Grünen in Regierungsverantwortung, wird es ein solidarisches und gerechtes Niedersachsen geben.

Ich möchte mich mit Euch gemeinsam für diese Ziele, die mich zu den Grünen geführt haben, in den kommenden 2 Jahren als Beisitzerin einsetzen, um mit Euch für eine Gesellschaft der Vielen zu werben, die Rassismus in unseren Institutionen endlich bekämpft und Integration und Teilhabe zum Erfolg führt. Dafür brauchen wir ein Programm, das Antworten auf alle gesellschaftlichen Herausforderungen des Jahrhunderts gibt. Niedersachsen muss grüner werden, dafür bitte ich Euch um Eure Unterstützung.

Vielen Dank - Eure Djena

Biographie:

Djenabou Diallo-Hartmann

Studium der Politikwissenschaft,

Referentin beim Projekt GeT AKTIV: Politische Bildung für Geflüchtete bei

amfn e.V (Arbeitsgemeinschaft Migrant*innen und Flüchtlinge in Niedersachsen)

Geburtsdatum:

11.04.1985 (36 Jahre alt)

Familienstand:

Verheiratet, zwei Kinder (12 und 1 Jahr alt)

Regionsverband:

Hannover (OV Garbsen)

Themen:

Migration und Flüchtlingspolitik, Europa und Internationale Politik, Kinder Jugend und Familie

Grünes Engagement:

- Mitglied bei **Bündnis 90 / Die Grünen** seit 2012

- Von Februar 2015 bis Oktober 2018- Beisitzerin im Landesvorstand der Partei-

- Derzeit Sprecherin der LAG Migration und Flucht

- Mitglied des Diversityrates unseres Landes- und Bundesverbandes

- Seit Anfang 2014 Delegierte für die BAG Globale Entwicklung

Sonstiges:

-Mitglied in der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe (des niedersächsischen Landtages)

- Mitglied des Praxisbeirates beim Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte (Niedersächsi scher Landespräventionsrat)

- Stellvertretende Vorsitzende des Integrationsbeirates meiner Stadt Garbsen

- Mitglied in der Steuerungsgruppe von MEN(Migrant*innen Elternnetzwerk der Stadt und Region Hannover)

- Mitglied beim Flüchtlingsrat Niedersachsen

- Mitglied im Verein Unterstützerkreis für Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V

- Mitglied beim Freundeskreis Malawi und Städtepartnerschaft Hannover-Blantyre e.V

- Fördermitglied bei SOS Méditerranée (Europäische Organisation zur Rettung von Geflüchteten im Mittelmeer)

Kontakt:

djenabou@gmx.de

KPE Wo die Zukunft zuhause ist – für eine nachhaltige Politik in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	12.05.2021
Tagesordnungspunkt:	5. Kommunalpolitische Erklärung

Antragstext

In den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist Politik konkret. Hier begegnen uns die Herausforderungen ganz handfest, hier werden Probleme gelöst. Das trifft auf die alltäglichen Aufgaben ebenso zu wie auf die großen Herausforderungen unserer Zeit: Als 2015/2016 eine große Zahl Schutzsuchender zu uns kam, haben die Kommunen für ihre Unterbringung gesorgt und Integrationsangebote organisiert. In der Corona-Krise sind es die Kommunen, die vielfach über Öffnungen und Schließungen entscheiden, Kontakte nachverfolgen, soziale Spannungen abfedern und Impfzentren organisieren. Auch bei den Herausforderungen der Zukunft kommt es wesentlich auf die politischen Entscheidungen vor Ort an: Wird der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und der knappe öffentliche Raum in unseren Städten zugunsten des Rad- und Fußverkehrs und der Aufenthaltsqualität neu aufgeteilt? Wo entstehen die Windkraft- und Solaranlagen für unsere klimagerechte Energieversorgung? Wie schaffen wir ausreichend bezahlbaren Wohnraum? Gelingt es, durch gute Bildungsangebote von der Kita über unsere Schulen bis hin zu Berufsausbildung und Studium endlich für Chancengerechtigkeit zu sorgen? Bleiben oder werden unsere Innenstädte auch in Zeiten von Digitalisierung und Online-Handel urbane Kerne mit hoher Aufenthaltsqualität? Bei der Kommunalwahl am 12. September 2021 geht es um Antworten auf diese und weitere wichtige Zukunftsfragen.

Unsere Kommunen brauchen starke GRÜNE Fraktionen, die mit Engagement, Mut und Kreativität für eine ökologische, sozial gerechte und weltoffene Politik in unseren Landkreisen, Städten und Gemeinden einstehen. Uns leitet seit unserer Gründung der Gedanke „Global denken – lokal handeln". In diesem Sinne wollen wir die großen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft und damit insbesondere unsere Kommunen stehen, angehen: Die Klimakrise, die Digitalisierung und der demografische Wandel bergen allesamt die Gefahr, die soziale Spaltung in unserem Land weiter zu vertiefen. Dem können wir nur entgegenwirken, wenn wir die erforderliche sozial-ökologische Transformation in unseren Kommunen aktiv gestalten. Unsere Kommunalpolitik orientiert sich dabei an den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der UN (*Sustainable Development Goals/SDGs).* Es braucht aktive Politik vor Ort, um diese globalen Ziele bis 2030 zu verwirklichen.

Wir setzen uns für eine kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe ermöglicht, die Armut bekämpft und dafür sorgt, dass Wohnen bezahlbar bleibt. Wir stehen für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen, für saubere Luft, naturnahe Gewässer, unbelastete Böden und die Vielfalt unserer Tier- und Pflanzenwelt. Wir werden die Energiewende in den Kommunen gemeinsam mit den Bürger*innen umsetzen. Wir fördern ein gutes Miteinander der Menschen,

die schon länger hier leben, mit denen, die neu zugewandert sind. Und wir stehen für eine Stärkung der Kommunen und für einen transparenten und sorgfältigen Umgang mit den kommunalen Haushaltsmitteln, weil wir nur so die erforderlichen Spielräume gewinnen und die anstehenden Zukunftsaufgaben bewältigen können.

Für handlungsfähige Kommunen

Nicht zuletzt in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass der jahrelang postulierte schlanke Staat längst zum abgemagerten Staat geworden ist, der kaum mehr in der Lage ist, seine zentralen Aufgaben zum Wohle der Bürger*innen zu erfüllen: Die kaputt gesparten Gesundheitsämter waren trotz herausragenden Engagements der Mitarbeiter*innen nicht annähernd in der Lage, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die Digitalisierung ist an vielen kommunalen Verwaltungen bisher weitgehend spurlos vorbeigegangen und das digitale Lernen war nicht zuletzt deshalb oftmals ein Desaster, weil es den Schulen an der erforderlichen technischen Ausstattung fehlte. Um ihre Aufgaben zu bewältigen und den Herausforderungen gerecht werden zu können, müssen die Kommunen entsprechend finanziell ausgestattet werden. Das ist bisher nicht annähernd der Fall: Die Löcher in vielen kommunalen Haushalten stehen denen in vielen Gemeindestraßen in nichts nach. Die Investitionsquote ist auch seit dem Jahr 2000 weiter gesunken. Die anhaltende Misere der kommunalen Haushalte hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen werden finanzielle Lasten und Aufgaben einseitig auf die Kommunen abgewälzt. Zum anderen verweigert die Steuerpolitik des Bundes den Kommunen die erforderliche Finanzausstattung, um ihre Aufgaben zu bewältigen. Auch die Verteilung der Lasten zwischen den Kommunen ist nicht fair genug geregelt. Wir fordern neben einer Verbreiterung der derzeit besonders volatilen Gewerbesteuer eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen und einen höheren Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern.

Wir wollen die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer umbauen, die von allen zu zahlen ist, die Gewinne aus selbstständiger und freiberuflicher Tätigkeit erwirtschaften. Dadurch wird diese Steuer nicht nur gerechter, sondern stetiger und damit für die Kommunen leichter kalkulierbar. Kommunen müssen dauerhaft in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben aus eigener Kraft bewältigen zu können und sie brauchen ausreichende Spielräume für Zukunftsinvestitionen.

Die Corona-Krise reißt zusätzliche Löcher in die kommunalen Haushalte, vor allem weil Einnahmen aus der Gewerbesteuer wegbrechen und die Zuschussbedarfe zum Beispiel für den öffentlichen Nahverkehr oder für kommunale Kultureinrichtungen deutlich steigen. Auch wenn wir die akute Krise überwunden haben, werden die Haushaltsdefizite noch länger nachwirken. Sich jetzt auf Sparzwänge zu fixieren, würde die Probleme nur vergrößern. Denn der Investitionsbedarf unserer Städte und Gemeinden in eine gute öffentliche Infrastruktur, eine funktionierende Verwaltung und in den sozialen Zusammenhalt ist riesig. Statt Werte verkommen zu lassen, brauchen die Kommunen die finanzielle Möglichkeit, Werte zu erhalten oder neue zu schaffen. Auch die Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben zur Deckung von Finanzierungslücken sehen wir kritisch. Denn im Gegensatz zu den vom Bund festgesetzten Gemeinschaftssteuern wie die Einkommenssteuer, die Körperschaftssteuer und die Umsatzsteuer haben kommunale Steuern und Abgaben keine oder nur eine geringe soziale Staffelung. Somit würden vor allem die Menschen belastet, die aufgrund von Jobverlust oder Kurzarbeit bereits von der Corona-Pandemie am stärksten betroffen waren. Neben einer gerechten Verteilung von finanziellen Lasten und Steueraufkommen müssen Bund und Land die Kommunen

deshalb gerade jetzt mit einem kommunalen Schutzschirm für Zukunftsinvestitionen unterstützen.

Für klimafreundliche Kommunen

Die Folgen der Klimakrise treffen uns vor Ort: Trockenheit, sterbende Bäume, heiße Sommer aber auch Starkregenereignisse und Überschwemmungen sind Folgen, die wir schon jetzt massiv spüren und denen wir in den Kommunen mit entsprechenden Anpassungsmaßnahmen begegnen müssen. Deshalb wollen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung für alle kommunalen Planungen, Maßnahmen und Programme etablieren: Wie wirken sich die geplanten Maßnahmen auf das Stadtklima aus? Welchen Beitrag leisten sie, damit unsere Stadt/unsere Gemeinde für Extremwetterereignisse besser gerüstet ist? Wie halten die Maßnahmen Wetterextremen stand? Und vor allem: Leistet die geplante Maßnahme einen Beitrag zur Reduktion klimaschädlicher Gase, ist sie klimaneutral oder verschärft sie die Klimaerhitzung? Diese Fragen müssen bei jeder kommunalen Planung systematisch beachtet werden, Maßnahmen, die die Klimabilanz verschlechtern, sind zu unterlassen! Die Niederschlagsprognosen und der in den vergangenen Jahren gestiegene Wasserbedarf in den Sommermonaten – nicht zuletzt aufgrund zunehmender Bewässerung landwirtschaftlicher Nutzflächen – erfordern auch einen sensibleren Umgang mit unserem kostbarsten Lebensmittel. Wir werden die kommunalen Handlungsmöglichkeiten nutzen, Wasser in der Fläche zu halten. Dazu zählen die naturnahe Umgestaltung von Niederungsbereichen zum Beispiel durch Kompensationsmaßnahmen, die grundsätzliche Versickerung von Oberflächenwasser im Siedlungsbereich und eine Begrenzung von Wasserentnahmen auf die Wassernachlieferung.

Bündnis 90/Die GRÜNEN sind die politische Kraft, die für konsequenten Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik steht. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam lösen können. Auf kommunaler Ebene treten wir dafür ein, die unter Beachtung des Natur- und Artenschutzes für die Windenergienutzung geeigneten Flächen konsequent für diesen Zweck zu nutzen. Außerdem wollen wir primär die bereits versiegelten Flächen konsequent für Photovoltaik-Anlagen nutzen – etwa auf Dächern und Parkplätzen. Im Bund und im Land treten wir dafür ein, bei Neubauvorhaben und für geeignete Bestandsgebäude die Installation einer Solaranlage verbindlich festzuschreiben. Gemeinsam mit den kommunalen Energieversorgern wollen wir Contractingmodelle für jene Privatleute und Unternehmen entwickeln, die nicht selbst in eine Solaranlage auf ihrem Dach investieren können oder wollen. Bei Neubauvorhaben streben wir grundsätzlich einen Plus-Energie-Standard und den Verzicht auf fossile Brennstoffe an – entweder über städtebauliche Verträge oder bei der Veräußerung von Baugrundstücken. Um den Klimaschutz in den Kommunen voranzutreiben, bedarf es auch entsprechender Kapazitäten in der öffentlichen Verwaltung. Deshalb begrüßen wir, dass viele niedersächsische Städte und Gemeinden bereits Klimaschutzmanager*innen in ihrer Verwaltung beschäftigen und treten dafür ein, diese Aufgabe flächendeckend in der kommunalen Verwaltung zu etablieren.

Für menschengerechte Kommunen

Es ist eine der größten Herausforderungen, den Wandel von der autogerechten zur menschen- und umweltgerechten Mobilität zu vollziehen – auch um unsere Klimaziele zu erreichen. Damit sich unsere Städte und Gemeinden von Stau, Lärm und dreckiger Luft befreien können, müssen die Alternativen zum Auto gestärkt

werden: Rad- und Fußverkehr müssen sicherer gemacht und der öffentliche Nahverkehr beschleunigt werden. Im ländlichen Raum wollen wir attraktive Busverbindungen durch nachfrageorientierte Angebote wie Anruf-Sammel-Mobile, Anruf-Linienbusse, Bürger*innenbusse und Mitfahrzentralen ergänzen. Für alle öffentlichen Nahverkehrsmittel streben wir eine einheitliche, preisgünstige Tarifstruktur an: Ob eine Strecke ganz oder teilweise mit dem Bus oder mit der Bahn zurückgelegt wird, soll auf den Fahrpreis keinen Einfluss haben. Wir stehen für gut ausgebaute Radwege: Wo der Autoverkehr an viel befahrenen Straßen mit mehr als Tempo 30 unterwegs ist, wollen wir einen separat geführten Fahrradweg oder einen ausgewiesenen, ausreichend breiten Fahrradstreifen realisieren – nötigenfalls auch durch Rückbau einer Fahrspur für den motorisierten Individualverkehr. Um aus dem Umland schnell und sicher mit dem Rad in die Stadt zu kommen, wollen wir Radschnellwege bauen.

Insbesondere im ländlichen Raum wird der motorisierte Individualverkehr auch weiterhin eine erhebliche Bedeutung haben. Um diesen nachhaltiger zu machen, wollen wir die Carsharig-Angebote und Kombi-Angebote mit dem öffentlichen Nahverkehr ausbauen – nicht mehr der Besitz eines Autos, sondern die Möglichkeit zu dessen Nutzung im Verbund mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Fahrrad liegt im Trend. Dazu gehört auch, Carsharing-Parkplätze im öffentlichen Straßenraum einzurichten. Für den Ausbau der Elektromobilität im Straßenverkehr setzen wir uns für einen zügigen Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur ein. Die kommunalen Energieversorger spielen hier eine zentrale Rolle.

Für naturnahe Kommunen

Das von uns GRÜNEN gemeinsam mit über 200 Verbänden und Vereinen organisierte Volksbegehren „Artenvielfalt.Jetzt!“ hat gezeigt: Die Bürger*innen haben längst erkannt, dass das Artensterben neben der Klimakrise eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft ist. Dieser müssen wir endlich wirksam begegnen. Aufgrund des massiven Drucks der Niedersächs*innen ist es gelungen, die Landesregierung und die Verbände der Landwirtschaft dazu zu bewegen, die zentralen Forderungen unseres Volksbegehrens vorzeitig zu übernehmen und in Gesetze, Verordnungen und Förderprogramme zu gießen. Die Umsetzung der Maßnahmen ist überwiegend Aufgabe der Naturschutzverwaltungen der Landkreise und kreisfreien Städte. Wir werden vor Ort dafür sorgen, dass dies auch zügig und vollständig geschieht. In den Städten und Gemeinden setzen wir uns dafür ein, im Sinne des Niedersächsischen Weges zu agieren: Indem wir dafür eintreten, dass landwirtschaftliche Nutzflächen im kommunalen Eigentum künftig ökologisch bewirtschaftet werden, die Wegerandstreifen im kommunalen Eigentum als ungenutzte Säume oder zusätzliche Heckenstrukturen die Landschaft beleben und die bereits vorhandenen Hecken, Alleen, Baumreihen und Gehölzinseln als geschützte Landschaftsbestandteile ausgewiesen werden und wichtige Verbundstrukturen im landesweiten Biotopverbund bilden können. Auch die kommunalen Waldflächen wollen wir so naturnah wie möglich nutzen und geeignete Teile des kommunalen Waldes vollständig aus der Nutzung nehmen und der Natur überlassen. Dem eklatanten Flächenfraß wollen wir Einhalt begegnen. Nach wie vor werden in Niedersachsen täglich rund sieben Hektar Fläche zugebaut. Für uns hat es klar Vorrang, innerörtlich die Bebauung zu verdichten und Bauflächen umzunutzen, anstatt neue Wohnbau- und Gewerbeflächen auf der „Grünen Wiese“ auszuweisen. Die kommunalen Grünflächen wollen wir so naturnah und so extensiv bewirtschaften, wie es mit ihrer Funktion vereinbar ist. Der Einsatz von Pestiziden auf diesen Flächen ist für uns tabu.

Für bezahlbares Wohnen in lebenswerten Kommunen

In vielen Teilen unseres Landes – längst nicht nur in den Großstädten – ist Wohnen für viele Menschen inzwischen fast unbezahlbar geworden. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Sozialwohnungen fast halbiert und diese Entwicklung wird sich fortsetzen: Landesweit fallen in den kommenden Jahren weitere etwa 90.000 Wohnungen aus der Sozialbindung. Rund 40 Prozent des Einkommens für die Wohnung aufwenden zu müssen, ist leider keine Seltenheit mehr. Wohnen ist ein Menschenrecht, deshalb setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum für alle ein. Um der anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnraum nachzukommen und gleichzeitig sparsam mit Freiflächen umzugehen, hat für uns die Innenentwicklung absoluten Vorrang. Das bedeutet, dass wir dichter und höher bauen müssen. Um Lebensqualität zu schaffen und Begegnung und Kommunikation zu ermöglichen, muss der öffentliche Raum entsprechend gestaltet sein. Um die Baulandpreise möglichst bezahlbar zu halten, treten wir für eine aktive kommunale Bodenpolitik ein, mit der Immobilienspekulation Einhalt geboten werden kann. Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sollen kommunale Bauflächen für den Mietwohnungsbau nicht mehr nach dem Preis, sondern im Rahmen einer Konzeptvergabe nach den geringsten garantierten Mieten vergeben werden. Mindestens 30 Prozent der Wohnflächen in neuen Wohnquartieren müssen durch entsprechende kommunale Festsetzungen als bezahlbarer Wohnraum realisiert werden. Um Spekulationen entgegenzuwirken, setzen wir auch auf Bauverpflichtungen. Unsere landesweite Forderung, eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu schaffen, flankieren wir, indem wir kommunale Wohnungsgesellschaften stärken – und wo nötig, neu aufbauen.

Für Bildungskommunen

Bildungschancen sind in Deutschland stärker als in den meisten Staaten der OECD von der Herkunft und dem sozialen Status der Eltern abhängig. Dabei ist Bildung die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, dass ihm alle Bildungschancen offenstehen. Bildungspolitik ist in erster Linie Ländersache, die Kommunen stehen jedoch als Schulträger ebenfalls in der Verantwortung: für die räumliche und sachliche Ausstattung unserer Schulen, für ein gutes Kita- und Krippenangebot, für die strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung. Dem wollen wir im Land und in den Kommunen im Sinne unserer Kinder gerecht werden. Krippen, Kitas und Schulen müssen die schönsten Orte in unseren Gemeinden und Städten sein. Schon durch die räumlichen Gegebenheiten und die Ausstattung laden sie ein zum Bleiben, Spielen, Begegnen, Entdecken und zum Lernen. Pädagogische Anforderungen sind wichtiger als formale Anforderungen an Räumlichkeiten und Ausstattung. Die Corona-Krise hat überdeutlich gezeigt, wie wichtig eine moderne IT-Ausstattung unserer Schulen ist und wie weit unsere Schulen den modernen Anforderungen hinterherhinken. Deshalb setzen wir uns für eine zeitgemäße IT-Ausstattung an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen ein: Dazu gehört ein leistungsfähiger Internetanschluss in allen Klassenräumen, deren moderne Ausstattung und ein hochwertiger technischer Support. Internationale Bildungsstudien liefern schon lange den Nachweis, dass längeres gemeinsames Lernen allen Schülerinnen und Schülern nutzt – den Leistungsschwächeren genauso wie den Leistungsstärkeren. Wir treten daher in den Kommunen dafür ein, dass jede*r Schüler*in die Möglichkeit hat, in zumutbarer Entfernung eine integrierte Gesamtschule zu besuchen. Zu längerem gemeinsamen Lernen gehört für uns auch ein gebundener Ganztagsunterricht mit einem gesunden Mittagessen – vorwiegend aus

ökologischer Erzeugung – für alle Schülerinnen und Schüler. Wir setzen uns für den zügigen bedarfsgerechten Ausbau hochwertiger Kita- und Krippenplätze mit guter Personalausstattung ein.

Für soziale Kommunen

Eine Gesellschaft kann es sich nicht leisten, sich den Sozialstaat nicht zu leisten. Er garantiert den inneren Frieden. In kaum einem anderen europäischen Land herrscht eine so hohe Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Chancen wie in Deutschland und diese Ungleichheit nimmt zu. Eine solche Gesellschaft kann jedoch ihre Potenziale nicht nutzen und verliert den Kitt, der sie zusammenhält. Es genügt nicht, nur Teilhabe und Bildungschancen gleich zu verteilen, ebenso wenig wie es genügt, die staatlichen Transfers zu erhöhen. Wir setzen daher auf einen Dreiklang aus guten Bildungschancen für alle, eine gerechte Entlohnung der Arbeit und eine gerechte Verteilung des Vermögens. Wir treten für gute Schulen, Begleitung und Betreuung in prekären Lebenslagen, bezahlbaren Wohnraum und eine kommunale Daseinsvorsorge mit umfassenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Dienstleistungen ein. Eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, braucht gute öffentliche Einrichtungen – in der Präventionsarbeit, in der Kinder- und Jugendarbeit und in den sozialen Diensten. Unser Ziel ist es, ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot für alle Menschen zu schaffen. Eine attraktive Gestaltung dieses Bereiches ist ein wichtiger Standortfaktor. Die zahlreichen Vereine und vielfältigen Einrichtungen sorgen für Zusammenhalt und ein gesellschaftliches Miteinander. Dafür stehen wir in den Räten und Kreistagen.

Für lebendige Innenstädte

Unsere Innenstädte und Ortskerne sind bedeutende Orte des Wirtschaftens und des gesellschaftlichen Lebens. Der Handel hatte hier in den letzten Jahrzehnten eine Leitfunktion, die er aber schon vor der Corona-Krise aufgrund eines sich ändernden Einkaufsverhaltens immer weniger ausfüllen konnte. Es ist zu erwarten, dass die Corona-Krise auch in diesem Bereich als Beschleuniger wirkt. Jegliche Versuche, das (noch) Bestehende lediglich zu konservieren, werden deshalb scheitern. Wir wollen unsere Innenstädte und Stadteilzentren als lebendige Orte erhalten. Dafür ist eine auf die einzelnen Kommunen maßgeschneiderte Transformationsstrategie erforderlich. Schwerpunkt dieses Wandels muss neben innovativen Handelsnutzungen ein breiteres Nutzungsportfolio sein: Dazu gehören öffentliche Einrichtungen wie Kitas, die Gastronomie, Einrichtungen für Freizeit und Gesundheit, Co-Working-Spaces, Handwerk, urbanes Kleingewerbe, Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und mehr Grünflächen, die zum Verweilen einladen. Auch das Wohnen gehört wieder stärker in unsere Innenstädte und ist Bestandteil der Transformation. Um die notwendigen Transformationsprozesse in enger Abstimmung mit den Bürgerinnen und Bürgern voranzutreiben wollen wir alle Akteur*innen unter kommunaler Federführung einbeziehen: Die Vertreter*innen des Einzelhandels, Immobilieneigentümer*innen, Kulturschaffende, Religionsgemeinschaften sowie die gesamte Stadtgesellschaft. In den größeren Städten streben wir ein Zentrumsmanagement an. Das hat die Aufgabe, die Akteur*innen zusammenzubringen, Konzepte zu erarbeiten und die dafür erforderlichen Fördermittel des Bundes und des Landes einzuwerben.

Für vielfältige kommunale Beteiligung

Kommunalpolitik ist auch deshalb das Fundament unserer Demokratie, weil über unsere Lebensqualität vielfach vor Ort entschieden wird. Wir wollen das in Stadt

und Land gemeinsam mit den Bürger*innen tun. Dabei setzen wir auf vielfältige Beteiligung innerhalb und außerhalb von Parteipolitik – von mehr Frauen, mehr jungen und älteren Menschen, mehr Menschen mit Migrationsgeschichte, mehr Menschen ohne akademischen Hintergrund. Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ebenso stärken wie die kulturelle und soziale Teilhabe und Selbstbestimmung im Alter. Wir stehen für vielfältige und weltoffene Städte und Gemeinden mit einer starken Zivilgesellschaft.

Nur mit starken und handlungsfähigen Kommunen werden wir die großen Aufgaben der sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft bewältigen können. Nur mit starken Kommunen können wir Lebensqualität und Gerechtigkeit nachhaltig steigern und die Klima- und Biodiversitätskrise bewältigen. Dafür treten wir auf allen politischen Ebenen ein.

PR1 Katrin LANGENSIEPEN

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Moin liebe Freundinnen und Freunde,

als Europaabgeordnete aus Niedersachsen für Niedersachsen bewerbe ich mich bei Euch um einen Platz im Landesparteirat.

Wir haben 2019 bei der Europawahl ein „Hammer-Ergebnis“ für Grüns eingefahren. Vielen Menschen war diese Wahl wichtig, sie wollten ein Zeichen setzen. Sie sind wählen gegangen, weil sie eine demokratische, eine soziale und eine ökologische europäische Union wollen. Wir haben landauf, landab gemeinsam dafür gekämpft – und das mit Erfolg! Die kommenden Herausforderungen und Aufgaben werden sein, Europa weiter nach Niedersachsen zu tragen und für die kommenden Wahlen wieder starke Ergebnisse zu erkämpfen.

In Brüssel sagt man Moin!

Seid mehr als 2 Jahren bin ich nun die Europaabgeordnete aus Niedersachsen. Meine drei Fremdsprachen helfen mir bei der alltäglichen Arbeit, aber eines ist für mich klar: auch in Brüssel sagt man Moin. Sei es der Küstenschutz, Fischerei oder Waldthemen, auch wenn es nicht meine ausschussrelevanten Themen sind, sind mir diese Themen genauso wichtig. Hierfür brauche ich den engen Austausch mit Euch in der **Kommune, dem Landtag und Bundestag** und trage es mit nach Brüssel und Straßburg.

Corona hat unser aller Arbeit ausgebremst, hat uns Grenzen aufgezeigt, aber auch klargemacht: der Klimawandel kommt nicht nur in Gestalt durch die Erhöhung des Meerespiegel daher, sondern auch als Virus. Eine gesellschaftliche und soziale Herausforderung, die wir nicht zum letzten Mal stemmen werden müssen. Hierfür müssen wir politisch, parteilich gewapnet sein. Der Parteitag wird digital stattfinden, nicht zum letzten Mal. So sehr ich mir ein „echtes Wiedersehen” wünsche, sollten wir die digitalen Strukturen stärken und erweitern, so erreichen wir mehr Menschen, die wir sonst nie erreicht haben.

Vielfalt stärken

Als einzige Frau mit Behinderung im Europaparlament musste ich zu Beginn gegen einige Barrieren ankämpfen und diese beseitigen, um mein Mandat tatsächlich wahrnehmen zu können. Hier die Einzige zu sein,ist kein cooles Alleinstellungsmerkmal. Wir brauchen mehr Vielfalt in den Parlamenten und eine neue Selbstverständlichkeit im Umgang damit.

Geburtsdatum:
1979-10-10

Kreisverband:
Hannover

Themen:
Europa, Sozialpolitik, Außenpolitik

E-Mail:
Katrin.Langensiepen@gruene-niedersachsen.de

Politische Teilhabe ist ein Menschenrecht und darf nicht vom Geldbeutel, Herkunft, Alter oder dem Pass abhängen. Dies ist notwendig, um alle Interessen in der Bevölkerung glaubhaft vertreten zu können. Auf der letzten LDK haben wir beschlossen einen **„Diversity Rat“** zu gründen, um die Vielfalt in unserer Partei zu fördern. Als Mitglied im **Landesparteirat**, möchte ich dazu beitragen, das Thema auch in Niedersachsen voranzutreiben und damit auch die Arbeit des **Diversity Rates** langfristig zu unterstützen. Die Vielfalt in der Gesellschaft, muss sich auch in Parteistrukturen wiederspiegeln. Wir dürfen nicht nur für Menschen Politik machen,sondern mit ihnen.

Europa im Parteirat

In den kommenden 2 Jahren möchte ich als ehemalige Kommunala und jetzige Europaabgeordnete das politische Bindeglied zwischen Brüssel und Niedersachsen sein. Es stehen spannende Wahlen an, es wird um Bündnisse, mögliche Koalitionen und thematische Schwerpunktsetzung gehen. Gemeinsam den Kommunalwahl und Bundestagswahl rocken. Themen setzen und unterstützen wie die der sozialen Gerechtigkeit, Aufnahme von Geflüchteten, Schaffung von Wohnraum.

Hier darf die EU nicht fehlen, denn Niedersachsen ist Europa und Europa ist Niedersachsen.

Ich freue mich über Eure Unterstützung und Stimme für den Landesparteirat

Herzliche Grüße, Eure Katrin

PR2 Christian Meyer

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Geburtsdatum:
1975-07-23

Kreisverband:
Holzminden

Themen:
Planet retten, Soziale Wärmewende, Naturschutz, Kampf gegen Rechts

E-Mail:
Christian.Meyer.GAJB@t-online.de

Liebe Freundinnen und Freunde,

die nächsten zwei Jahren werden richtungsweisend sein für unsere Partei. Vor uns stehen drei wichtige Wahlen. Dem Parteirat als Beratungsgremium des Landesvorstandes kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Bei den Kommunalwahlen am 12. September geht es darum, an vielen Orten auf Augenhöhe mit den anderen Parteien zu kommen, mehr Bürgermeister*innen und Landrät*innen zu stellen, aber auch die Kreisverbände im Ländlichen Raum im Wahlkampf und danach aktiv zu unterstützen. Veränderung beginnt vor Ort in den Kommunen und legt den Grundstein für ein immer grüneres Niedersachsen.

Für die Bundestagswahl haben wir mit Annalena Baerbock, eine ausgezeichnete Kanzlerkandidatin mit Sachverstand, Leidenschaft und Teamgeist. Im Bundesparteirat, dem ich angehöre, unterstütze ich ihre Arbeit und die von Robert Habeck gerne. Unser Ziel ist klar: Wir wollen die lähmende GroKo aus CDU und SPD beenden und mit Annalena erstmals eine grüne Kanzlerin stellen. Für den Kampf gegen Klimakrise und Artensterben brauchen wir, ebenso wie für sozialen Zusammenhalt, gerechte Verteilung, Humanität und weltweite Solidarität starke GRÜNE.

Und drittens haben wir im Herbst 2022 endlich wieder Landtagswahlen.

Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender unserer Landtagsfraktion, ehemaliger Minister und Mitglied der Steuerungsgruppe zur Landtagswahl möchte ich im Landesparteirat mithelfen, dass wir bei der Landtagswahl das beste GRÜNE Wahlergebnis aller Zeiten schaffe und in Niedersachsen wieder mitregieren. Denn wir werden gebraucht!

Der GRÜNE Wechsel auch in Niedersachsen

Die GroKo in Niedersachsen von Weil/Althusmann vertrödelt derzeit ideenlos die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Der Ausbau der Windenergie ist gegenüber einem grünen Umweltminister Stefan Wenzel um mehr als 80 Prozent eingebrochen. Die Digitalisierung hakt und kommt nicht voran. Massentierhaltung wird wieder gefördert und eine notwendige ökologische Wende in der Landwirtschaft verschleppt. Moore trocknen aus und die Wälder sterben dramatisch

ab, während unsere Grundwasserspiegel sinken. Das Sterben von Bienen, Schmetterlingen und Lurchen macht keine Pause, sondern beschleunigt sich. Dank unseres Volksbegehrens hat der Naturschutz nun zwar günstigere Gesetze, aber es braucht uns Grüne mehr denn je, damit diese auch umgesetzt und kontrolliert werden.
Dürre, Hitzewellen und Wassermangel finden als Ausdruck der Klimakatastrophe auch in Niedersachsen als Küsten- und Agrarland immer dramatischer statt. Wir müssen daher unsere Politik darauf ausrichten, dass 1,5 Grad Ziel einzuhalten und Niedersachsen spätestens 2035 klimaneutral zu machen. Auch große Unternehmen wie VW oder Salzgitter Stahl müssen wir ökologisch transformieren und klimaneutral machen. Eine große Aufgabe, die wir GRÜNE gemeinsam mit Gewerkschaften und Wirtschaft konsequent angehen.

Investitionen in Klimaschutz und Gebäude

Die Pandemie verschärft die soziale Ungleichheit im Lande weiter. Die Zahl der Sozialwohnungen geht ausgerechnet unter einer SPD-Landesregierung um 40 Prozent zurück, während steigende Mieten und fehlender Wohnraum nicht nur in den Städten zum Problem werden.

Hier wollen wir mit einer neuen Landesgesellschaft für Wohnen und Klima als Partnerin der Kommunen endlich in faires Wohnen, Klimaschutz, attraktive Innenstädte und die Soziale Wärmewende investieren und unser Land fit für die Zukunft machen.

Daher wird es Zeit, dass auch das Umwelt- und Klimaministerium wieder GRÜN wird, statt es mit einem Vielplauderer zu besetzen, der zwar viel heiße Luft verbreitet, aber real beim Klimaschutz oder der energetischen Gebäudesanierung nicht vorankommt.

Und der CDU-Finanzminister legt schon neue Sparprogramme der pandemiegeschädigten Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur auf! So kommen wir nicht aus der Krise.

Wenn wir 2035 klimaneutral werden wollen, müssen wir jetzt - wie wir gemeinsam mit dem DGB mit dem 10 Mrd. starken Niedersachsen-Fonds vorgeschlagen haben – massiv in den Klimaschutz investieren: In unsere Gebäude, ÖPNV, Fahrrad, Moore, Wälder und für die ökologisch-soziale Transformation unserer Wirtschaft.

Dass Geld da ist, wenn man es braucht, hat die Pandemie gezeigt. Wir müssen **jetzt** in eine neue, klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft investieren, da sind auch große Teile der Wirtschaft und Expert*innen auf unsere Seite.
Denn Freiheit bedeutet nach dem bahnbrechenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz auch, zukünftigen Generationen keinen kaputten Planeten aufzudrücken, wenn wir ihn heute noch retten können.

Wir sind Bündnispartei

Ich setze mich dafür ein, dass wir uns als breite Bündnispartei für viele Menschen und Verbände noch stärker aufstellen: Mit den Gewerkschaften kämpfen wir für anständige Löhne und gegen die Ausbeutung von Menschen auf Spargelfeldern, in Schlachthöfen, bei Paketdiensten oder in Pflegeberufen. Mit Industrie, Handwerk und Gewerbe setzen wir die sozial-ökologische Transformation für mehr Klimaschutzinvestitionen und eine grüne Wirtschaft um.

An der Seite von Flüchtlingsinitiativen, Seebrücke-Kommunen, den Kirchen und Bündnissen gegen Rechts stehen wir für ein weltoffenes Niedersachsen, das Geflüchtete willkommen heißt. Wir kämpfen gegen Hass, Hetze und die rechten Menschenfeinde von der AfD.

Mit den breiten Bündnissen für den Artenschutz haben wir unsere Partnerschaft mit den Umweltverbänden NABU, BUND, Fridays for Future aber auch Biolandwirt*innen, Förster*innen, Imker*innen und ökologischen Unternehmen wieder erneuert und gestärkt.

Wir GRÜNE sind die einzige Partei im Landtag, für die Tierschutz nicht nur eine nette Lippenbekundung, sondern ein echtes Herzensthema ist. Das wissen auch die vielen Tierschutzinitiativen, die uns mit ihrer Erfahrung insbesondere im Kampf gegen die Quälereien der industriellen Massentierhaltung bereichern.

Auch jetzt kämpfen wir Seite an Seite mit Bürgerinitiativen gegen Gipsabbau im Harz, die Versalzung der Weser, verantwortungslose Öl- und Gasförderung und für einen sparsameren und schonenderen Umgang mit der knapper gewordenen Ressource Wasser.

Und wir müssen uns auch den progressiven Teilen der Wirtschaft mehr öffnen. Viele Unternehmen sind offen für mehr Klimaschutz, Nachhaltigkeit und sozialökologische Transformation. Nicht nur die Biobranche, sondern auch viele Grüne StartUps, Handwerk und selbst Industrieunternehmen, die auf Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Green IT oder Energieeffizienz setzen. Unsere Dialogbereitschaft gilt es hier weiter zu stärken und wir dürfen da auch kontroverse Diskussionen nicht scheuen.

Als Euer Minister für Landwirtschaft und Verbraucherschutz habe ich mit viel Zuspruch von Euch und aus der Bevölkerung gezeigt, wie man auch mit schwierigen Verbänden und Unternehmen Erfolge für Tier- und Umweltschutz erzielen kann: Mit dem erfolgreichen Weidemilchprogramm mit Molkereien, NABU und Bauernverband. Mit dem Verbot des Schnabelamputieren bei Legehennen mit Unterstützung des Einzelhandels. Mit dem massiven Ausbau von Bienenweiden und Blühstreifen mit Bauernverband und Imker*innen. Bis hin zur gemeinsam mit den Schweinehalterverbänden entwickelten Ringelschwanzprämie, für die sich mittlerweile viele Schweinehalter*innen einsetzen und zeigen wie mehr Tierschutz honoriert wird.

Grüne in die Regierung

SPD und CDU zeigen, dass sie ohne GRÜN nicht vorankommen, ihnen Ideen und Leidenschaft fehlen, dieses Land zukunftsfähig zu gestalten, statt nur mehr schlecht als recht zu verwalten.

Der Parteirat wird nicht nur die Kommunal- und Bundestagswahlen begleiten, sondern auch den Landesvorstand in der Vorbereitung des Landtagswahlkampfes und den Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl 2022 beraten.

Als Mitglied des Fraktionsvorstands der Landtagsfraktion, Sprecher für Naturschutz, Bauen- und Wohnen, Demonstrations- und Bürger*innenrechte, Katastrophenschutz, Verwaltungsreform, Regionalentwicklung, Medien- und Netzpolitik, ehemaliger Minister mit Regierungserfahrung und als langjähriger Kommunalo im Ländlichen Raum möchte ich gemeinsam mit Julia Hamburg im Parteirat die Landtagsfraktion vertreten und mit Euch an der Basis, den LAGen und der GJN für mehr GRÜN in Niedersachsen sorgen.

Dazu will ich mit meiner Erfahrung, meinen Inhalten, Regierungskenntnis und Leidenschaft meinen Beitrag leisten, damit wir 2022 mit dem **besten grünen Wahlergebnis** aller Zeiten eine Koalition auf Augenhöhe für unsere grünen Inhalte eingehen können und das Land positiv GRÜN verändern.

Echten Klima- und Naturschutz, Digitalisierung, nachhaltige Wirtschaft, Agrar- und Verkehrswende, soziale Gerechtigkeit, gute Bildung und Weltoffenheit gibt es nur mit uns!

Wir haben viel zu tun!

Dafür bitte ich Euch alle um Eure Unterstützung für die Wahl zum Landesparteirat. Denn gemeinsam können wir es schaffen!

Euer Christian

– – – – – – – – – – – – – – – – – – – –

Lebensdaten:

Christian Meyer, MdL

Geboren am 23.7.1975.

Seit 1994: Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der besten Partei ever!
1994–2003: Engagiert in und Aufbau der Grünen Jugend Niedersachsen (GJN), später Pate
Seit 1996: Kommunalpolitisch aktiv in Stadtrat und Kreistag Holzminden
Seit 2008: Mitglied der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen
Sprecher für Naturschutz, Bauen- und Wohnen, Demonstrations- und Bürger*innenrechte, Katastrophenschutz, Verwaltungsreform, Regionalentwicklung, Medien- und Netzpolitik
2010-2013 sowie seit 2017: Vize-Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN Landtagsfraktion
2013-2017: Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
2015 – heute: Mitglied im Bundesparteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Mitglied im Landesparteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitglied bei NABU, BUND, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), attac, Greenpeace, Holzmindener Tafel, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), Institut solidarische Moderne

Auszeichnungen:

Goldene Faironika vom Europäischen Milchbauernverband für faire Milchpreise
Goldener Stachel vom Deutschen Berufsimkerbund für Einsatz gegen Bienengifte
Verdienstmedaille des Landesverbandes Hannoverscher Imker für die erfolgreichen Blühstreifenprogramme in Kooperation von Landwirt*innen und Imker*innen

PR3 Julia Willie Hamburg

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

selten kam einem Parteirat so eine zentrale Rolle zu, wie in dieser Amtszeit. Wir stehen unmittelbar vor einer zentralen Bundestagswahl, bei der wir die Chance haben, als stärkste Kraft aus der Wahl zu gehen und damit der CDU nach 16 Jahren die Kanzlerschaft streitig zu machen. Während CDU und SPD mit massiven Richtungs- und Findungsstreitigkeiten beschäftigt sind und ihre Rolle in der Parteienlandschaft suchen, löst die große Koalition weder auf Bundes- noch auf Landesebene die zentralen Herausforderungen vor denen wir derzeit stehen. Wer zahlt die Krisen? Wie setzen wir das Pariser Klimaabkommen wirklich in die Tat um? Wie schließen wir die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich und wie verhindern wir eine gesellschaftliche Spaltung? All diese und noch viel mehr Fragen liegen auf dem Tisch. CDU und SPD aber sind nicht in der Lage, diese anzupacken und zu lösen. Sie begnügen sich mit einer Schlagzeilenpolitik, die keine Wirkung entfaltet, weil sie nicht bei den Menschen ankommt.

Umso besser passt es deshalb für uns, dass wir derzeit nicht nur einen Bundestagswahlkampf, sondern auch eine Kommunalwahl direkt vor der Tür haben. Denn die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene ist ein zentraler Baustein, um Menschen die Wirksamkeit von politischen Entscheidungen unmittelbar und im eigenen Leben spüren zu lassen. Sichere Schulwege, Radverkehre, das nahgelegene Schwimmbad, kulturelle Einrichtungen, Kitaplätze, Schultoiletten, die Gesundheitsversorgung und die soziale Infrastruktur. Sie alle sind Auswuchs kommunaler Entscheidungen und Verantwortungsbereiche. Ist unser Leben lebenswert, idyllisch, nachhaltig? Das entscheiden am Ende kommunale Entscheidungsträger*innen. Selbst die Klimawende wird vor Ort gemacht – sofern die Kommunen die Handlungsfähigkeit erhalten, die sie brauchen. Die Aufgaben in den Kommunen sind massiv angestiegen, gleichzeitig hat die finanzielle Ausstattung nicht in gleichem Maße zugenommen. Und dieser Zusammenhang führt in ein Dilemma, dass immer wieder die Handlungsfähigkeit von Politik in Gänze in Frage stellt. Ein Schwimmbad, ein Theater oder die Jugendhilfeangebote – Das sind keine freiwilligen Leistungen – das ist das, was das Leben von uns allen ausmacht. Ihr merkt: Selten wird Politik so erfahrbar wie in der Kommune. Und die Handlungsfähigkeit hängt unmittelbar mit Landes- und Bundespolitischen Entscheidungen zusammen. Umso besser, wenn

Geburtsdatum:
1986-06-26

Kreisverband:
Hannover

Themen:
Bildung, Demokratie, Innen- und Sozialpolitik, Teilhabe und Antidiskriminierung

E-Mail:
juliahamburggruene@posteo.de

die Wahlen dann auch so eng miteinander verknüpft sind. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten unter Beweis gestellt, dass Grüne Kommunalpolitik entscheidend zu einer lebenswerten Region, Kommune, Stadt oder Gemeinde beiträgt. Nicht ohne Grund stellen wir deshalb jetzt vielerorts aussichtsreiche Kandidat*innen für die Hauptverwaltungsbeamt*innen und große Kommunalwahllisten auf – denn Grüne Politik wird vor Ort gemacht und wir stellen jeden Tag unter Beweis, dass wir vor Ort einen entscheidenden Unterschied machen.

Aber während wir mitten in zwei zentralen Wahlkämpfen stecken, läuft auch schon die Vorbereitung für eine dritte entscheidende Wahl an: Die Landtagswahl. Diese macht nämlich im nächsten Jahr das Triple komplett. Wir Grüne in Niedersachsen stehen vor einem regelrechten Wahlmarathon, den wir im nächsten Jahr dann hoffentlich mit drei sehr erfolgreichen Wahlen beenden. In Niedersachsen regiert ebenso wie im Bund eine große Koalition. Und während die SPD es als größte Fraktion im Landtag nicht schafft, die Kraft für die entscheidenden Weichenstellungen in Niedersachsen zu entwickeln, glaubt die CDU, dass sie die kommenden Landtagswahlen am erfolgreichsten beendet, indem sie so tut, als sei sie gar nicht Teil der derzeitigen Landesregierung. Niedersachsen wird derzeit nicht gestaltet, sondern mit Minimalkompromissen verwaltet. Dabei ist es jetzt an der Zeit, in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu investieren – um nicht länger nur als Land der Energien, sondern als Land der erneuerbaren Energien die Poleposition einzunehmen. Aber auch, um den Bildungsstandort Niedersachsen und auch den Industriestandort Niedersachsen zukunftsfest zu machen und den verheerenden Wirtschaftsfolgen und sozialpolitischen Verwerfungen, die uns durch die Corona-Pandemie drohen, zu begegnen. Von der großen Koalition ist zu all diesen Fragen bestenfalls eine Problembeschreibung zu hören – vielfach aber auch nur ein Schulterzucken. Das reicht aber nicht, liebe Freundinnen und Freunde. Die Corona-Krise hat uns so viele Probleme wie unter einem Brennglas vor Augen geführt. Wir können nicht einfach zurück zur Tagesordnung übergehen. Nicht nur im Bund und in den Kommunen, auch im Land Niedersachsen begegnen wir SPD und CDU mittlerweile auf Augenhöhe. Darauf möchte ich im kommenden Parteirat aufbauen. Es wird eine spannende Zeit, in der es gilt unsere Geschlossenheit dafür zu nutzen, unseren Gestaltungswillen in ein Wahlprogramm, eine Wahlkampagne und hoffentlich 2022 in einen Wahlerfolg zu stecken. Dafür gilt es, den Parteirat als Vernetzungs- und Kommunikations- sowie Beratungsgremium zu nutzen, um gemeinsam auf allen Ebenen miteinander die anstehenden Wahlen und das gemeinsame Agieren bestmöglich zu verbinden und schlagkräftig nach vorne zu gehen. Dazu möchte ich meinen Beitrag leisten und würde mich über Eure Unterstützung und Eure Stimme sehr freuen.

Herzliche Grüße

Eure

Julia

PR4

Freya Markowis

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

wir holen die Kohle(n) aus dem Feuer. An uns Grünen wird es liegen, ob wir die sozial-ökologische Transformation so rechtzeitig umsetzen, dass unsere Kinder nicht später in Ödnis stehen und uns einen Vogel zeigen.

Das ist leicht gesagt, aber nicht ganz einfach umzusetzen.

Ich bewerbe mich für den Landesparteirat, weil ich dazu beitragen möchte, die Grünen in Niedersachsen strukturell zukunftsgerecht aufzustellen. Damit wir uns um die wichtigen Themen der Zukunft kümmern können und gut auf die kommenden Wahlen und die darauf hoffentlich folgenden Regierungszeiten vorbereitet sind. Dafür biete ich mich als Generalistin mit langjährigen kommunalpolitischen Erfahrungen und guten strategischen Fähigkeiten an.

Erfahrungen aus der Pandemie für gesundes Wachstum nutzen

Wir Grünen in Niedersachsen stehen vor großen Herausforderungen. Es gilt, viele neue Mitglieder angemessen zu integrieren. Wir brauchen die guten Köpfe, das Engagement und die Kraft von neuen wie langjährigen Mitgliedern, die sich für die sozial-ökologische Transformation einsetzen wollen.

Programmatisch sind wir Grüne schon lange ein „Vollsortimenter", aber noch sind wir keine Volkspartei. (Wenn es nach mir geht soll das auch nicht unser Ziel sein.) Immer mehr Mitglieder mit unterschiedlichen Hintergründen und Vorstellungen von guter politischer Arbeit sind beim Ringen um inhaltliche Positionierungen eine Herausforderung. Gerade wenn wir den Anspruch haben, in der nächsten Wahlperiode in Niedersachsen womöglich die Ministerpräsidentin zu stellen gilt es, unterschiedliche Positionen und Meinungen sowie verschiedene Denkmodelle zu integrieren.

Die Strukturen des Landesverbands sind noch auf weit geringere Mitgliederzahlen eingestellt. Entscheidungsfindung war noch nie leicht, doch gerade jetzt können wir es uns nicht leisten, Potentiale zu vergeben weil entweder Beteiligungsprozesse sehr lange dauern oder Entscheidungen aus scheinbarem Mangel an Alternativen oder schlicht Gewohnheit von wenigen getroffen werden. Hier gilt es, weiter nachzusteuern und zusätzliche Ideen zu entwickeln, wie unsere Parteistrukturen parallel zur Zahl der Mitglieder gesund wachsen können.

Geburtsdatum:
1983-09-17

Kreisverband:
Hannover

Themen:
Sozial-ökologische Transformation, Soziale Gerechtigkeit, Feminismen, Migration, Queerpolitik, Kommunales

E-Mail:
freyamarkowis@gmx.de

Brauchen wir weitere Ebenen und Gliederungen der Partei? Wie funktioniert die Kommunikation mit den Mitgliedern abgesehen von LDKen und LAGen? Sind wir digital schon so gut und vor allem inklusiv aufgestellt wie wir aufgestellt sein könnten? In welchem Umfang und zu welchen Zwecken wollen wir auch nach der Pandemie Instrumente wie Videokonferenzen oder digitale Abstimmungen nutzen? Wie kann ein guter Übergang gelingen in ein Wiederaufleben lassen von persönlichen Treffen und Strukturen vor Ort? Für diese und weitere Fragen können und sollten wir kurzfristig Antworten finden.

Hart in der Sache, freundlich im Ton

In meiner Zeit als Mitglied und später Fraktionsvorsitzende der grünen Ratsfraktion in Hannover habe ich zu Beginn eine rot-grüne Koalition erlebt. 2016 habe ich Koalitionsverhandlungen mit drei Fraktionen bzw. Parteien geführt und war dann bis November 2020 eine von drei Spitzen des Ampelbündnisses. Drei Dinge lernt frau dabei: klare Kommunikation, Streit in der Sache und das Finden von Kompromissen sowohl innerhalb der eigenen Fraktion/Partei als auch im Dreierbündnis. Für kommende Koalitionsverhandlungen möchte ich den Parteivorstand aus dem Parteirat heraus gern dabei unterstützen, hier gute Wege zu finden.

Der OB-Wahlkampf und die anschließende Zusammenarbeit mit Belit als OB haben gezeigt: Wir können stärkste Kraft werden, aber das heißt noch lange nicht, dass es dann plötzlich automatisch läuft mit der Umsetzung von Grünen Zielen. Grundlage von Regierungen sind immer Bündnisse und große Organisationen haben große Beharrungstendenzen. Doch mit Geduld und langem Atem lässt sich Veränderung bewirken.

Liebe Freund*innen,

voran kommen wir nur gemeinsam. Wenn wir hart in der Sache und freundlich im Ton bleiben haben wir gute Chancen, den derzeitigen Schwung und großen Zuspruch in erfolgreiche Politik umzuwandeln. Sowohl innerhalb der Partei als auch darüber hinaus wird es um die Integration von unterschiedlichen Positionen und das Arbeiten an Lösungen gehen, die in die Zukunft führen. Daran möchte ich mit meiner sachlichen und integrierenden Art im Landesparteirat mitwirken und bitte um eure Unterstützung.

Wenn ihr Fragen habt schreibt mir gern eine Mail an freyamarkowis@gmx.de oder ruft mich an unter 0175/1064359.

Persönliches

* 17.09.1983 in Pforzheim (Baden-Württemberg)

- zwei Kinder (9 und 3 Jahre alt)

- Spaziergänge und Musik machen sind meine Hobbies

Grüne Vita

2014-2016: Mitglied im Landesparteirat

2011-2020: Ratsfrau im Rat der Stadt Hannover, ab 2015 Fraktionsvorsitzende: Mitglied in den Ausschüssen Gleichstellung (bis 2016 Ausschussvorsitz), Internationales (bis 2019 Sprecherin), Kultur, Finanzen, Verwaltungsausschuss und Geschäftsordnungskommission

2011-2015: Mitglied im Bezirksrat Mitte, Hannover

Seit 2006 Mitglied bei Bündnis90/Die Grünen

2001-2003: Aktiv bei der Grünen Jugend in Wolfenbüttel

Berufliches

seit 2015: Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Lehrte

2009-2015: Promotion (mit Stipendium der Heinrich Böll-Stiftung) über Landtagsabgeordnete mit Zuwanderungsgeschichte an der Uni Hannover

2010-2012: Dozentin an der Uni Hannover

2008-2010: Referentin der Gleichstellungsbeauftragten der Medizinischen Hochschule Hannover

2003-2008: Studium der Sozialwissenschaften, Uni Göttingen, Abschluss als Diplom Sozialwirtin

LaFi1 Szepanski

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Landesfinanzrat

Selbstvorstellung

Geburtsdatum:
1958-01-08

Kreisverband:
Oldenburg-Land

Themen:
Bewerbung Landesfinanzrat

E-Mail:
elke.szepanski@gmx.de

Hiermit bewerbe ich mich um einen Sitz im Landesfinanzrat.

Ich bin seit 3 Jahren Mitglied im Landesfinanzrat und würde die gute Zusammenarbeit im Team um die/den neue/n Landesschatzmeister*in und den Finanzreferenten Jens Willigens gerne fortsetzen.

Zahlen haben mich im meinem Berufsleben immer begleitet. Ich war bis 2006 13 Jahre Kämmerin der Gemeinden Wardenburg und Hatten (Landkreis Oldenburg). Als parteilose Bürgermeisterin der seinerzeit finanzschwachen Gemeinde Hatten (von 2006-2014) gehörte der Bereich Finanzen 8 Jahre zur Stabstelle und war mir direkt unterstellt.

In dieser Zeit habe ich auf der einen Seite gerne die Aufgabe wahrgenommen gestalterisch mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umzugehen, auf der anderen Seite war es mir aber auch immer ein Anliegen, darauf zu achten, dass mit den vorhandenen Mitteln effizient und nachhaltig umgegangen wird. Finanzen haben mich auch nach meinem aktiven Berufsleben nicht losgelassen und so bin ich als Kreistagsabgeordnete des Landkreises Oldenburg u.a. Mitglied im Finanzausschuss.

Neben der Tätigkeit im Landesfinanzrat bin ich seit März 2018 stellvertretendes Mitglied im Bundesfinanzrat und seit November 2018 stellvertretende Rechnungsprüferin des Bundesverbandes. In dieser Funktion war ich im Sommer 2019 und 2020 bei den Prüfungen der Vorjahre mit eingebunden.

Erfreulicherweise hat sich die finanzielle Situation der Partei in der letzten Zeit vor allem auf Grund des Mitgliederzuwachses und der guten Wahlergebnisse wesentlich verbessert. Allerdings sind die Herausforderungen auch größer geworden.

Unsere Partei, die sich zu einer Volkspartei der anderen Art entwickelt und zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Kanzlerkandidatin stellt, verlangt eine Verstärkung der finanziellen Budgets in allen Bereichen auf allen Ebenen, nicht nur in Wahlkampfzeiten. Gerade die Basis in den Kreisverbänden steht trotz oder auch wegen der erfreulich wachsenden Mitgliederzahl vor besonderen Herausforderungen. Hier gibt es strukturelle und personelle Umbrüche, die finanzielles Rüstzeug brauchen.

Ich möchte mich gerne weiterhin für euch im Landesfinanzrat für eine innovative, nachhaltige und effiziente Verwendung, aber

selbstverständig auch für eine faire Verteilung der Finanzen in allen Gliederungen im Sinne der Grünen einsetzen. Ich würde mich über eure Unterstützung freuen.

Bleibt gesund und herzliche Grüße von

Elke

Teilbiographie

Elke Szepanski, geb. 08.01.1958

Partei:

- Mitglied seit Anfang 2016

- Kreistagsabgeordnete und stellvertr. Fraktionsvorsitzende seit Nov. 2016

Mitglied im Kreisausschuss, Finanzausschuss und Integrations- und Gleichstellungsausschuss

- Mitglied im Landesfinanzrat seit März 2018

- stellvertretendes Mitglied im Bundesfinanzrat seit März 2018

- stellvertretende Rechnungsprüferin des Bundesverbandes seit November 2018

Ehrenamt in der Zivilgesellschaft:

- Vorsitzende des Vereins transfer e.V. Oldenburg

mit den Initiativen: Repaircafe', Ernährungsrat, Werkstatt-Zukunft, KOSTBAR

Beruf:

- Diplom-Verwaltungswirtin, Bürgermeisterin a.D.

- seit Nov. 2014 im Ruhestand

LR1 Julia Willie Hamburg

Bewerbung
Tagesordnungspunkt: Länderrat

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

den Ausspruch #Allesistdrin habt ihr mittlerweile schon häufig gelesen und gehört – ist er doch längst zum diesjährigen Mantra unseres Superwahljahres geworden. Und treffender könnte man diese Zeit wohl auch nicht beschreiben. Die GRÜNEN fordern in diesem Jahr erstmals die Union um die Kanzlerschaft heraus – und sind derzeit in Umfragen vorne. Das ist Ansporn und Verantwortung zugleich. Denn unsere Gesellschaft steht vor riesigen Herausforderungen. Während uns die Corona-Krise noch immer in Schach hält und wir mit den Folgen der Krise noch Jahre beschäftigt sein werden, schreitet auch die Klimakrise immer weiter voran. Die große Koalition im Bund aber begnügt sich mit dem Wegmoderieren all der anstehenden Herausforderungen – in dem Wissen, dass jeder Tag, an dem die Probleme nicht beherzt angepackt werden, eine vertane Chance ist, da die Probleme immer größer werden. Wir sind längst nicht mehr in der Situation, in der Minimalkompromisse geeignet sind unsere Probleme zu lösen. Und die Menschen sind es leid, Schlagzeilenpolitik zu verfolgen, die nicht bei ihnen ankommt.

Von uns GRÜNEN wird erwartet, dass wir die großen Probleme lösen werden – und wir arbeiten seit vielen Jahren an Konzepten, die geeignet sind, das Pariser Klimaabkommen auch umzusetzen, der Armut in diesem Land nachhaltig zu begegnen und die Wirtschaft in Deutschland fit zu machen für die Zukunft, ohne dass hierbei die Menschen, insbesondere an unseren großen Industriestandorten abgehängt werden. Und nicht zuletzt stehen wir für einen anderen – einen neuen und teilhabeorientierten Politikstil, der das Miteinander und den Dialog in den Fokus stellt. Die Erwartungen an uns sind also riesig – zurecht, weil auch die Herausforderungen riesig sind. Dennoch bedeutet das auch, dass wir unter erheblichem Druck stehen. Umso zentraler wird in den nächsten Jahren die Rolle des Grünen Länderrats sein; das Gremium, in dem nicht zuletzt über die Koalitionsverhandlungen entschieden wird. Als Fraktionsvorsitzende der niedersächsischen Landtagsfraktion habe ich deshalb das Votum meiner Landtagsfraktion für einen Platz im Länderrat erhalten und möchte im Länderrat in den nächsten Jahren gerne meine Erfahrungen einbringen und meinen Teil dazu beitragen, dass das Grüne Projekt der nächsten vier Jahre ein echtes Erfolgsprojekt wird. Denn es ist jetzt an der Zeit, Antworten zu geben und zu handeln. Und wir GRÜNE sind bis in die Haarspitzen motiviert, das Land aktiv zu gestalten und die Probleme endlich anzugehen, anstatt sie wegzumoderieren.

Geburtsdatum:
1986-06-26

Kreisverband:
Hannover

Themen:
Bildung, Demokratie, Innen- und Sozialpolitik, Teilhabe und Antidiskriminierung

E-Mail:
juliahamburggruene@posteo.de

Ich würde mich deshalb über Euer Vertrauen und Eure Stimme sehr freuen.

Herzliche Grüße

Eure

Julia